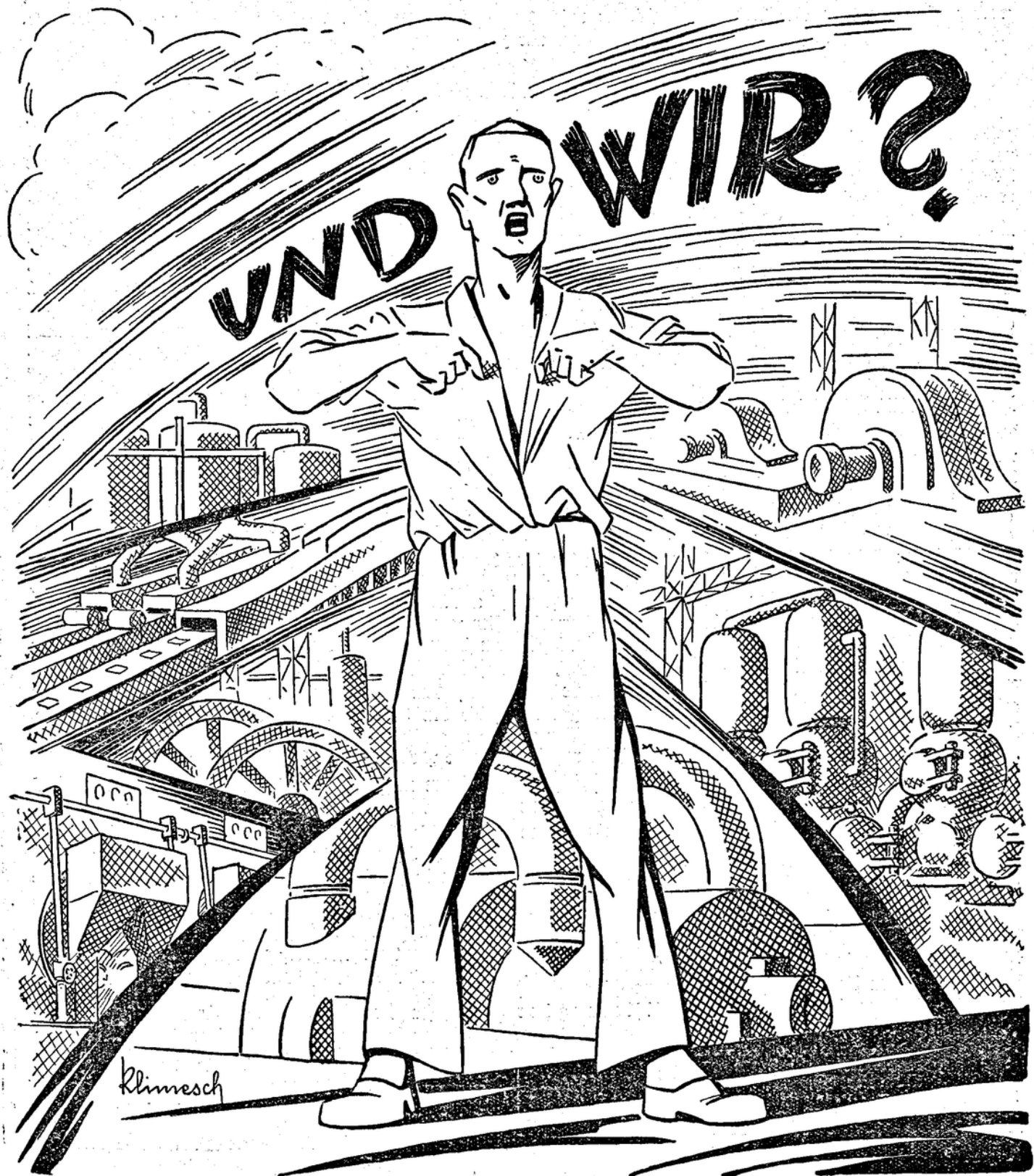


Nummer 17

34. Jahrgang

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs



An alle Arbeitnehmer im Organisationsgebiet des Gesamt-Verbandes



Um vierzigsten Male jährt sich der Tag, da die organisierte Arbeiterschaft der ganzen Erde ihren Weckruf erschallen ließ: Her mit dem Achtfundentag, mehr Arbeiterschutz, wir wollen Völkerfrieden und Sozialismus! Aber die Arbeiterschaft hat nicht Zeit, nur den Erinnerungen nachzugehen. Sie muß feststehen in der harten Gegenwart, wenn sie nicht ihre Zukunftsziele gefährden will. Darum bringen wir uns am heutigen Maientag zum Bewußtsein: es gibt noch hunderttausende Unorganisierter, die überzeugt werden müssen von der Notwendigkeit, einzutreten in unseren Gesamt-Verband. Was ist dieser Gesamt-Verband? Er ist die Zusammenfassung aller derer, die in den öffentlichen Betrieben, sowie im Personen- und Warenverkehr tätig sind. Sie haben in dieser Großorganisation ihre Schlagkraft so weit gefördert, daß sie bereits heute eine respektable Macht bedeuten. Orts-, Bezirks- und Reichsstarke sind im Namen des Gesamt-Verbandes abgeschlossen worden für mehr denn eine Million Angehöriger unseres Organisationsgebietes. 700 000 Mitglieder zählen wir heute. Wir sehen also, daß noch Hunderttausende fehlen, um nur zu erreichen,

daß jeder von unserer Organisation erfaßt wird, dessen Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch unsern Gesamt-Verband entscheidend bestimmt und beeinflusst werden.

In diesen Zeiten der Arbeitslosigkeit, da mehr denn drei Millionen Menschen brach liegen und der Produktion ferngehalten sind, ist es doppelte Aufgabe aller Arbeitenden, dafür zu sorgen, daß wenigstens als Ziel und Richtlinie uns vor Augen schwebt, diesen unzulänglichen, unhaltbaren Zuständen der Massenarbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten. Dafür kämpft der Gesamt-Verband mit seiner ganzen Kraft und je stärker seine Bataillone, um so erfolgreicher wird die Arbeit sein. Wenn auch in den Anfängen der Gewerkschaften zunächst die Arbeiterschaft das einzig treibende Element war, sind wir heute doch so weit in der Erkenntnis, daß auch die Angestellten und Beamten sich um unsere Organisation scharen. So sind wir die Organisation der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe geworden. So wollen wir die Schrittmacher werden für den Soziallohn, für eine Arbeitszeit, die den heutigen Produktionsverhältnissen entspricht.

Am 1. Mai 1930 bringen wir uns zum Bewußtsein, daß wir mitten im Zeitalter der Rationalisierung stehen. Seht euch unser Titelbild recht genau an. Da steht der Arbeiter inmitten aller der Maschinen, die ihn schier erdrücken und ihn überflüssig zu machen scheinen. Aber der Arbeiter ist nicht überflüssig. Die Rationalisierung bedeutet nur in der kapitalistischen Gesellschaft eine Verstärkung der Arbeitslosigkeit und eine verstärkte Ausbeutung, vielfach sogar eine erhöhte Kraftanstrengung jedes einzelnen ohne die entsprechende Lohnsteigerung. Den „Wirtschaftsführern“ unserer Zeit wird vor ihrer Gottähnlichkeit selber bange. Sie haben bereits die Frage aufgeworfen: Ist die Rationalisierung nicht doch gar zu weit gediehen? Die große Masse der Arbeiter ist allerdings der Meinung, daß es nutzlos wäre, sich gegen die Einführung neuer Maschinen, gegen ihre technische Ausgestaltung und Modernisierung zu wenden. Wenn aber die Produktion von Gebrauchs- und Bedarfsgegenständen so massenhaft betrieben werden kann mit Hilfe dieser Rationalisierung, daß Hunderttausende, ja Millionen feiern müssen, dann muß dafür gesorgt werden,

als programmatische Forderung und Arbeiterschutzbestimmung einen verkürzten Arbeitstag auf sieben Stunden für alle Kulturstaaten gesetzlich zu verankern.

Für diesen Gedanken sind heute die regierenden Parteien der großen Kulturstaaten leider noch nicht zu haben. Ja, es muß offen ausgesprochen werden, daß auch viele tausende Arbeitnehmer insofern den Gedanken noch nicht voll erfaßt haben, als sie der Organisation fernstehen. Wer der Organisation fernsteht, will lange Arbeitszeit, findet sich mit jedem ihm gebotenen Lohn ab, ist unsolidarisch und hemmt den Kampf der Gewerkschaften gegenüber dem Unternehmertum und den Verwaltungen.

Als 1889 erstmalig die Forderung des Achtfundentages vom Internationalen Kongreß aufgestellt wurde, galt ihre Durchführung als utopisch, in fernste Zeiten verlegt. Heute haben wir eine Anzahl Verufe, die bereits einen Wochenendschluß haben, die bis zur 42- und 45-Stunden-Woche gekommen sind in den verschiedenen Industrieländern. Wir haben auch zum Teil die Fünftagewoche. Darum ist die Forderung für den Siebenfundentag keine ungeheuerliche Utopie, sondern nur eine Frage der Stärke und der Machtposition unserer Organisation.

Die entscheidende Frage ist, ob es uns gelingt, die ungeheuer hohe Proftrate herabzudrücken

durch unsern Lohnkampf, durch unsere gewerkschaftliche Tätigkeit, um entsprechend das Arbeitseinkommen des einzelnen zu steigern, die Arbeitszeit zu verkürzen und damit den Lebensstandard entsprechend zu erhöhen.

Das sind keine phantastischen Forderungen, sondern klare Erkenntnisse aller organisierten Arbeiter. Freilich sind wir nicht der Meinung, daß mit den Mitteln der Gewalt in gegenwärtiger Zeit gearbeitet werden kann. Diese Taktik würde nur zu Niederlagen führen. Wir können nur mit Hilfe der Organisation in zielklarer Gewerkschaftsarbeit auf dem Wege der gewerkschaftlichen Kampfmittel und der Tarifverträge unsere Forderungen durchsetzen. Nicht, indem wir die einzelne Fabrik erobern! Nicht, indem der Arbeiterrat und die Belegschaft eines Betriebes die „Produktion in die Hand nimmt“, sondern, indem wir uns die gewerkschaftlichen Möglichkeiten vor Augen halten. Sie bedeuten planmäßigen Aufstieg. Wir leben in Zeiten, in denen die Großbanken und die Syndikate über die Wirtschaftskräfte entscheiden. Aber mit Hilfe der Betriebsräte haben die Gewerkschaften es vermocht, allmählich auch im Produktionsprozeß ihre Stimmen zu erheben, um darauf hinzuwirken, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt. Diese Demokratisierung der Wirtschaft ist das gewerkschaftliche Ziel des Gesamt-Verbandes. Darum fordern wir von unsern Mitgliedern, ihren Opferwillen zu steigern, die Treue zum Verbandsverbande zu betätigen durch systematische Aufklärungs- und Werbearbeit. Alle Unorganisierten müssen in die gewerkschaftliche Front! Die Arbeiterschaft ist nur stark, wenn sie einig ist. Jede Zersplitterung ist zu bekämpfen. Gewerkschaftliche Klarheit und Zuversicht führt uns den gewerkschaftlichen und politischen Zielen des Maientages entgegen.

Gewerkschaften und Reichstag



ewiß dürfte es der Mehrzahl der Kollegen des Gesamt-Verbandes klar sein, daß die Gewerkschaften nicht nur wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen haben, sondern daß sie auch in den Parlamenten, vornehmlich aber im Reichstag, auf der politischen Linie den Kampf aufnehmen müssen. Wohl kann man über die Gesamtauswirkung der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterschaft verschiedener Meinung sein. In einem Lande, wo die Gewerkschaften schwach sind und ihre wirtschaftliche Macht also wenig bedeutet, wird auch der politische Kampf der Arbeiterschaft in der Regel nur sehr schwach sein können. In Deutschland, wo allein die freien Gewerkschaften mehr denn fünf Millionen Mitglieder zählen, wird auch die politische Vertretung eine direkte oder indirekte Unterstützung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft bedeuten.

Trifft dies schon für die gesamte Arbeitnehmerschaft zu, so in noch stärkerem Maße für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse ja zum Teil durch das Parlament selbst bestimmt werden. So ergibt sich für den Gesamt-Verband zwangsläufig, daß unsere wirtschaftlichen Interessen gegenüber dem Unternehmertum und den Verwaltungen, auch für die politische Vertretung in den Parlamenten und insonderheit im Reichstag sorgen müssen. Diese parlamentarische Arbeit wird allzu oft von manchem Kollegen unterschätzt. Man sieht nämlich davon nach außen sehr wenig. Wohl liest man in der Zeitung von den Verhandlungen im Plenum, in denen es mehr oder minder heftige Auseinandersetzungen gegeben hat. Aber diese Auseinandersetzungen im Plenum erfolgen meist, wenn die Entscheidung in den Arbeitsausschüssen des Parlaments bereits erfolgt ist. Die Arbeit in den einzelnen Ausschüssen ist meist das Entscheidende im modernen Parlamentarismus.

Wohl ist es verständlich, daß gegenwärtig die politische Arbeit innerhalb der Arbeiterschaft nicht allzu hoch im Kurse steht. Wir haben trotz der Weimarer Verfassung unsere Republik zu einem wahren Volksstaat noch nicht ausgestalten können. Entweder standen wir in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien, in der die letzteren sowohl im Reichskabinet als auch im Parlament die Mehrheit bildeten, oder wir standen in der Opposition, wie das gegenwärtig der Fall ist und hatten gegen uns die verschiedensten Gruppen aus dem bürgerlichen Lager. Daraus folgert, daß der Parlamentarismus neben einigen Teilerfolgen eine Fülle von Kompromissen erfordert und daß auf dem Wege zum Ziel manche Mißerfolge festzustellen sind. Es ist daher viel leichter, sich gegen die parlamentarischen „Schwag-Buden“ zu wenden, als mühselige Kleinarbeit in den einzelnen Kommissionen des Parlaments zu leisten.

Wenn wir der Arbeiterschaft auf allen Gebieten dienen wollen, müssen wir aber auch die parlamentarische Vertretung ausnützen. Es ist bezeichnend, daß innerhalb der Arbeiterschaft nur die kleine Gruppe der Syndikalisten sich gegen eine solche Vertretung wendet, während selbst die Gewerkschafts-„Opposition“ der KPD. eine Betätigung im Parlament sucht. Sie gibt freilich vor, daß sie die Sozialfaschisten „entlarvt“, wohl aber entlarvt sie sich meist selbst dabei! Es ist schon manchmal vorgekommen, daß gerade die Führer der KPD. in wichtigen Ausschüssen fehlten und dadurch die Interessen der Arbeiterschaft schwer gefährdet haben. Unseren Kollegen ist es gewiß geläufig, daß weder bei den Deutschen Nationalen noch bei der Deutschen Volkspartei allgemein ein Entgegenkommen gezeigt wird, soweit wirtschaftliche Forderungen für die Arbeitnehmerschaft gestellt werden. Ja, man kann ruhig sagen, daß die Deutsche Volkspartei als ausgesprochene Vertretung des Unternehmertums sich meist von vornherein gegen jegliche Arbeiterforderung festlegt. Sie arbeitet planmäßig auf eine Herabsetzung jeglicher Sozialpolitik hin, ist Gegner eines gesetzlich festgelegten Minimallohnes und einer gesetzlich festgelegten Maximalarbeitszeit. Die deutschen Wirtschaftsführer und ihre Syndici entscheiden über die Haltung der Deutschen Volkspartei, wie das besonders drastisch auch in den letzten Wochen durch den bekannten Borjig-Brief klar zu erkennen war. Aber auch die kleine Gruppe der Demokraten, die zwar koalitionsfreundlich sind, ist eine höchst unzuverlässige Truppe in bezug auf die Sozialpolitik und die Forderungen der Arbeitnehmerschaft, wie sich wiederholt gezeigt hat.

So verbleibt bei sozialpolitischen Forderungen von den bürgerlichen Parteien in der Hauptsache nur das Zentrum, eine Partei, die es einerseits mit den hunderttausend christlich organisierten nicht verderben will und kann, die aber andererseits auch mit den zentrumsgehaltigen Unternehmern Dögler, Klöckner usw. im Einvernehmen bleiben möchte. So entsteht naturgemäß eine zwiespältige Politik. Das hat sich auch jetzt beim Kabinet Brüning aus Anlaß der Pläne zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung klar gezeigt.

Wie nun einmal die Dinge im Deutschen Reichstag gelagert sind, wird freilich die Sozialdemokratie in ihren sozialpolitischen Anträgen und Forderungen stets versuchen müssen, das Zentrum bei der Stange zu halten; denn unsere Kollegen können nicht wünschen, daß eine bloße Obstruktions- und Demonstrationspolitik im Reichstag getrieben wird. Dazu fühlt sich leider derjenige Teil der Arbeitervertretung besonders berufen, der ganz links und ganz rechts von uns steht. Ob Kommunisten oder Nationalsozialisten — sie haben nur politische Ziele oftmals unter Hintansetzung der elementarsten Interessen der Arbeiterschaft.

Diesen Weg können die freien Gewerkschaften nicht gutheißen. Das ist auch der entscheidendste Grund, warum sie ihre Vertretung seit Jahrzehnten gesucht und gefunden haben in der Deutschen Sozialdemokratie. Mag man über einzelne politische Fragen und Entscheidungen, die im Reichstag gefällt werden, verschiedener Meinung sein: die gesamten Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft werden im Parlament am stärksten und zielklarsten durch die Sozialdemokratie vertreten! Daraus ergibt sich: Wir müssen uns am 1. Mai zum Bewußtsein bringen, daß wir neben unseren gewerkschaftlichen Aufgaben und Zielen auch die politische Aufklärung nach Kräften fördern müssen. Politische Aufklärung bringt dem Arbeiter aber auch die Erkenntnis, daß alle gewerkschaftlichen Forderungen in einem gewissen Zusammenhang stehen mit der gesamten Volkswirtschaft nicht nur des eigenen Landes, sondern aller Kulturländer. Wir leben in Deutschland auf keiner Insel und können weder gewerkschaftlich noch politisch Beschlüsse fassen, die ohne jede Berücksichtigung der jeweiligen Gesamtlage der wirtschaftlichen und politischen Geschehnisse in anderen Ländern sind. Das haben wir allzuoft auf internationalen Kongressen des ICF. feststellen müssen und diese Erkenntnis ist auch festzuhalten für unsere politischen Richtlinien im Reichstag. Nicht losgelöst vom Volksganzen können wir gewerkschaftliche Forderungen durchsetzen, sondern im engsten und inneren Zusammenhang mit den Geschehnissen unserer Zeit. Und einem anderen Gedanken muß an dieser Stelle noch Raum gegeben werden. Politik im Parlament darf unter keinen Umständen gefühlsmäßig vor sich gehen, sondern wir müssen stets realpolitisch denken und uns im Dorn herein die Auswirkungen eines politischen Entscheides klar zu machen suchen. Mit anderen Worten, unsere Politik im Parlament muß eine Politik auf lange Sicht sein!

Es ist gegenwärtig eine sehr schwere Zeit sowohl für die Gewerkschaften mit ihrer ungeheuren Belastung infolge der Arbeitslosigkeit, als auch für die Sozialdemokratie infolge der politischen Zerrissenheit der Arbeiterbewegung, aber wir müssen uns durchringen. Und diejenigen Gewerkschafter, die seit Jahrzehnten sich bemüht haben, für das Wohl der Arbeiterschaft nicht nur mit und in den Organisationen zu kämpfen, sondern auch als politische Vertretung in den Parlamenten, insonderheit im Reichstag, werden diese Tätigkeit auch weiter ausüben müssen im Interesse der Bewegung.

Unser Gesamt-Verband bedeutet eine große Macht. Aber diese Macht ist nicht groß genug, um mit einem Schläge bestimmte Forderungen durchzusetzen. Am 1. Mai werden in der Regel Programme und Ziele der Gewerkschaften und der Partien aufgerollt. Trotz der Not unserer Zeit brauchen wir nicht zu verzagen, denn durch den inneren und äußeren Zusammenhang aller Kollegen — Arbeiter, Angestellte und Beamte — im Gesamt-Verband haben wir eine Stütze, in der wir sowohl in wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart und Zukunft, als auch im Parlament Rückhalt finden.

G. Schumann.

Maifeier und Programm des Gesamt-Verbandes



Das Fest der Arbeit, der 1. Mai, ist für das internationale Proletariat ein Feiertag von ganz besonderer Art und Bedeutung. Am 1. Mai ist unser Blick in die Zukunft gerichtet; wir demonstrieren für unsere Forderungen und durch die Arbeitsruhe. Das Millionenangebot der Feiernden zeigt der Mitwelt die Macht und Größe der sozialistischen Arbeiterbewegung, die unsere Forderungen trägt.

Nicht nur in Deutschland, sondern weithin über den ganzen Erdball flattern am 1. Mai die roten Fahnen des menschenbefreienden Sozialismus, getragen vom klassenbewußten Vorkämpfer des Proletariats. Darin liegt das Erhebende und Mitreisende der Maifeier, daß wir wissen, ob wir nun in Berlin oder in einem anderen Orte Deutschlands unsere Stimme für die sozialistische Idee erheben, daß uns ein millionenfaches Echo gleichgesinnter Menschen aus allen Kulturländern der übrigen Welt antwortet. In ihrem internationalen Charakter dokumentiert sich auch die Sieghaftigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung.

In Deutschland und auch in den anderen Ländern werden die Sozialisten ihrer internationalen Gesinnung wegen von den Gegnern geschmäht und vielfach als antinational verfahren. Aber nur geistige Beschränktheit oder Böswilligkeit können den Nährboden für solche Vorwürfe und Angriffe abgeben. So geht denn die sozialistische Arbeiterbewegung auch über diese Unwissenheit und Kleinlichkeit ihrer Gegner ohne weiteres zur Tagesordnung über. Wenn von Deutschland gesprochen werden soll, so hat gerade die Geschichte der leherversloffenen fünfzehn Jahre bewiesen, daß die deutschen Sozialisten in der Wahrung nationaler Interessen ihren nationalstaatlichen Gegnern weit überlegen sind.

Die Gewerkschaftsbewegung stellt eine der wichtigsten Säulen der modernen Arbeiterbewegung dar. Auch die Gewerkschaften sind international miteinander verbunden. Sie müssen es sein, weil auch die Wirtschaft international ist und weil die neuzeitlichen Produktionsbedingungen keinem zivilisierten Volke gestatten, sich hermetisch von der Umwelt abzuschließen. Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Stand der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung, kurzum der Lebensstandard und die gesamte soziale Lage der Arbeiterklasse eines Landes ist von größter Bedeutung auch für die Arbeiterklasse in den übrigen Ländern. Siege und Niederlagen, Fortschritt oder Rückschritt auf diesen Gebieten in einem Lande bleiben nicht ohne Rückwirkungen auf die Entwicklungskurve des sozialen Gedankens in der übrigen Welt.

Unter den deutschen Gewerkschaftsorganisationen zeigt geradezu sinnfällig unser Gesamt-Verband die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit auf. Handel, Personen- und Warenverkehr umspannen die ganze Welt und bringen die Völker der Erde in Beziehungen zueinander. Wir bekennen uns deshalb mit besonders starken Impulsen zur internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, die praktisch von Nation zu Nation und Mensch zu Mensch namentlich im Seemannsberufe tagtäglich sichtbar in die Erscheinung tritt. Die große Verantwortung, die gerade unser Verband als Organisation der Verkehrsarbeiter der Gewerkschaftsinternationale gegenüber zu übernehmen hat, ist uns in vollem Umfange bewußt. In unserem Programm wird deshalb ausdrücklich erklärt, daß der Gesamt-Verband die Satzungen, Organisationsrichtlinien und Kongreßbeschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) als maßgebend für die Entfaltung seiner Wirksamkeit ansieht. Wenn unser Programm weiter zum Ausdruck bringt, daß der Gesamt-Verband „alle Tendenzen unterstützt und fördert, die auf die Erhaltung des Friedens und auf eine verständnisvolle, nur in der Erzielung des größtmöglichen Kulturfortschrittes wetteifernden Zusammenarbeit der Völker der ganzen Welt abzielen“, dann halten wir in diesem Bestreben nicht nur Takt mit der gesamten sozialistischen Internationale, sondern wir dienen damit zugleich auch unserer nationalen Wirtschaft, unserem Lande und unserem ganzen Volke. So hat unser Internationalismus also auch den Sinn der Vertretung nationaler Interessen auf breiter Grundlage.

Die deutsche freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft begehrt die diesjährige Maifeier im Zeichen eines scharfen Abwehrkampfes gegen die soziale Reaktion. Die soziale Gesetzgebung, namentlich die Arbeitslosenversicherung, ist das Angriffsobjekt aller kurzfristigen und scharfmacherischen Kreise im Unternehmerlager, die in der von einem christlichen Gewerkschaftssekretär geführten Bürgerblockregierung willfährige Assistenten zu finden scheinen. Da stehen wir erst recht zu der Verkündung unseres Programms:

„Der Gesamt-Verband“ ist entschlossen, seine ganze Kraft einzusetzen für die zielbewußte Fortführung der Sozialpolitik im Sinne eines weiteren Ausbaues der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und des Beamtenrechtes sowie des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherungs-gesetzgebung.“

Wir überschauen am Feiertage der Arbeit den zurückgelegten Weg und schöpfen aus der Erkenntnis, daß es vorwärts und aufwärts gegangen ist, neue Kräfte für den weiteren Aufstieg. So dürfen wir mit Genugtuung und Freude feststellen, daß unsere Maidemonstrationen und unsere Arbeit nicht umsonst waren. Die Arbeiterklasse war erfolgreich in ihrem Kampfe um den Aufstieg aus den sozialen Niederungen der kapitalistischen Welt; ihre Bewegung ist gewaltig gewachsen und ihr Einfluß auf unser ganzes öffentliches Leben sichtlich im Zunehmen begriffen. Geführt auf diese Tatsachen und beseelt von der unerschütterlichen Ueberzeugung des endgültigen Sieges der sozialistischen Gedankenwelt reihen wir uns als Mitglieder des Gesamt-Verbandes ein in die Millionenarmee der Manifestanten am 1. Mai. Parole dabei ist unser Programm:

Kampf um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Berufskollegenschaft — gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus!
A. Reifner.

Das Lied vom heiligen Zorn

Durch manchen Sturm, durch manches Meer sind wir gefahren,
Die Inseln und die großen Häfen sind uns alle gut bekannt.
Wir fuhren durch das Eismeer, und in andern Jahren
Da hat die Tropensonne tragend unsre weiße Haut verbrannt.
Wir sahen Palmen in der Südsee und die Brandung um Korallen,
Wir hörten auch die Sterne singen und das Brüllen von Schanghai.
Wir haben viel erlebt! Ein Tag strahlt feierlich aus allen,
Das war in Hamburg, und der Tag, der war der 1. Mai.

Da sind wir von den Feuern, Kesseln, Laderäumen, Ketten,
Ein großes Schiff ist weiter nichts als eine schwimmende Fabrik,
An Land gegangen, um die armen Knochen einmal weich zu betten,
Da hörten wir am Hafen Hochruf schon und vorwärtstreibende Rusch.
Bald sahen wir, die Keesperbahn emporgestiegen,
Das Heiliggeistfeld liegen, schön im Sonnenschein,
Wir sahen über schwarzem Vell die roten Fahnen fliegen
Und traten in den Wald der roten Fahnen zögernd ein.

Das Volk war aufmarschiert um ragende Tribünen,
Ein Lied stieg hoch, wir kannten schon die Melodie,
Die hörten wir in Schanghai draußen in den gelben Dünen,
Als mit der Brandung wild das Volk um Freiheit schrie.
Und überall, das wußten wir, wo Ketten sind und Wundenmale,
Wo große Streits und Klassenkämpfe gehn,
Da klingt das Lied: Die Internationale!
Da kann das Volk den Lichtblick neuer Menschheit sehn!

Da standen wir entblößt und in der Schwielenhand die blauen Riemen
In Hamburg auf dem Heiliggeistfeld da am 1. Mai,
Bereit zu kämpfen und das schon Eroberte zu schützen:
Und jeder Schrei war Lied und jedes Lied war Schrei!
Dann sind wir mit durch diese große Stadt gezogen,
Die sieberte, und in den schönsten Willen war Alarm,
Wir waren wie das Meer mit seinen ungeheuren, wilden Wogen:
Das Volk marschierte singend, Arm in Arm.

Am Abend mußten wir zurück zu unsren kalten Ketten,
Den Laderäumen, Wogen auf der schwimmenden Fabrik,
Da lagen wir verträumt in unsern schmalen, harten Betten
Und hörten immer noch die wilde, vorwärtstreibende Rusch.
Am nächsten Tag da ging es wieder auf die große Route,
Nach Süden ging die Fahrt, wir fuhren um Kap Horn,
Wir froren nicht. Ein Feuer loberte in unserm Blute
Und jenes wilde Lied, das Lied vom heiligen Zorn!

Max Barthel.

1. Mai 1930 und die Arbeitnehmer der öffentl. Betriebe



Es ist eine Wandlung seit dem Jahre 1890, als die internationale, sozialistische Arbeiterschaft den 1. Mai als Feier- und Demonstrationstag und stärksten Ausdruck der Arbeiterverbrüderung zum ersten Male beging. Damals in Deutschland Alarmbereitschaft des kaiserlichen Heeres gegen die Demonstrationen der Arbeiterschaft — heute Verfügungen der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe die Teilnahme am Fest der Arbeit zu gewähren, in Hunderten und Tausenden von Gemeinden und Staatsbetrieben Feiertagsarbeit. Eine gewaltige Entwicklung in einem Zeitraum von 40 Jahren, wie wir heute als Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe mit Befriedigung konstatieren, die aber zu gleicher Zeit uns Gelegenheit gibt, festzustellen, wie weit wir trotz dieser Riesenschritte der Entwicklung noch entfernt sind von einem wirklichen Fest der Arbeit am 1. Mai, von einem Fest, das die Arbeiterschaft — losgelöst von allen Fesseln des Kapitalismus — begehen kann, als eine große sozialistische Gemeinde.

Wir gleichen heute dem Wanderer, der — zu steilen Höhen steigend — ab und zu anhält, um Rückschau zu halten. Tief unten im Tale das Dunkel, das er durchschritten, das fortschreitend im Sonnenlicht weiteren Höhen entgegenzuwandeln. Mit der freudigen Erkenntnis erfolgreicher Arbeit sammeln wir gleichzeitig frische Kräfte zum weiteren Aufstieg. Am 1. Mai 1930 überblicken wir den Weg, den die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe in den 40 Jahren zurückgelegt haben. Nur Böswillige können behaupten, daß wir nicht vorwärts gekommen seien. Wie in der Entwicklung alles Seienden, so zeigt auch der Aufstieg der Arbeiterschaft Zeiten, in denen die Kurve nicht nach oben zeigt. In diesen 40 Jahren hat es Zeiten gegeben, in denen anscheinend anstatt Aufstieg Abstieg erfolgte. Auch im gegenwärtigen Augenblick hat es den Anschein, als ob die Linie nicht aufwärts zeigt, sondern nur mit Mühe gehalten werden kann. Trotzdem ist es vorwärts gegangen, wird und muß es aufwärts gehen.

Wo standen die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe vor 40 Jahren? Damals unbeschränkte Arbeitszeit: 12, 16 bis 24 Stunden — heute tariflich festgelegte achtstündige Arbeitszeit. Damals schwache Anfänge der sozialen Gesetzgebung — heute, wenn auch noch mangelhaft, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliden-, Alters-, Angestelltenversicherung, Arbeitslosenversicherung. Damals vollständige wirtschaftliche Rechtlosigkeit — heute Arbeitsgerichtsbarkeit, Mitwirkung der Belegschaften durch Betriebsräte. Damals alleiniges Bestimmungsrecht der Arbeitgeber über die Lohn- und Arbeitsbedingungen — heute Tarifrecht. Damals kein Urlaub, kein Krankengeldzuschuß, keine Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeiter und Angestellten — heute tarifliche Anerkennung dieser sozialen Forderung durch Reich, Länder und Kommunen. Politisch: Damals eingeschränktes Wahlrecht für den Reichstag unter Ausschaltung der Frauen, ein Klassenwahlrecht für die Landtage, für die kommunalen Vertretungen — heute das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für Reich, Länder und Kommunen für Männer und Frauen. Wenn die Arbeitnehmer heute von diesem Recht nicht den von uns gewünschten und in ihrem Interesse liegenden Gebrauch machen, so ist das zurückzuführen auf die noch immer nachschleifenden Ketten einer dunklen Vergangenheit.

Der Aufstieg zu freier und bewusster Menschenwürde, zu geistiger und materieller Freiheit, ist der Arbeiterschaft heute freigegeben, wenn sie es versteht, den rechten Gebrauch von den ihr zustehenden Rechten zu machen. Ja, trotz aller Angriffe von rechts und links — wir sind vorwärts gekommen; mit Stolz und Freude erkennen wir diesen Fortschritt an.

Wir erheben heute — am 1. Mai 1930 — neue Forderungen. Mit der Entwicklung des Gesellschaftslebens und mit fortschreitender Kultur werden die Forderungen, die das heutige Proletariat und auch die Arbeiter einer höheren Gesellschaftsordnung an das Leben zu stellen haben, sich in aufsteigender Linie bewegen. Die wirtschaftliche Entwicklung stellt uns neue Aufgaben. 40 Jahre haben wir die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit als wichtigsten Programmpunkt in unseren Maiforderungen vertreten. Schon vor mehr als 300 Jahren stellte der

berühmte Pädagoge Comenius in seiner großen Unterrichtslehre die Dreiteilung des Tages in 8 Stunden der Arbeit, 8 Stunden der Erholung und 8 Stunden des Schlafs, und von Comenius über den französischen Philosophen Helvetius, gestorben 1771, über den Dichter Wieland in seinem „Goldenen Spiegel“, den Arzt Hufeland über Robert Owen ging die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit, bis sie das internationale Proletariat im Jahre 1889 auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris zu ihrem Postulat erhob. 40 Jahre sind seitdem vergangen. Wir stellen heute fest, daß die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit überholt ist. Erst in diesen Tagen hat der Vorstand der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die Forderung der 44stündigen Arbeitswoche erhoben. Angesichts der Entwicklung der Produktionsmethoden, der Rationalisierung, der großen Arbeitslosigkeit als Folgeerscheinung in allen Ländern der Erde wird auch diese Forderung bald überholt sein. Wir fordern, daß die technische Entwicklung, von der wir hoffen, daß sie einstens den Menschen vom Joch des Kapitalismus befreien soll, auch die Arbeit aus einer Qual zu einer freudigen Abwechslung im Leben des Menschen der Zukunft gestalten soll.

Und nun kehren wir von unseren Zukunftshoffnungen zurück zur rauhen Wirklichkeit. Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen kämpfen in diesem Jahre einen besonders schweren Kampf gegen die Mächte des Kapitals, die ihren nachhaltigen Druck ausüben auf die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen. Wir kämpfen gegen Verschlechterung unserer sozialen Verträge; wir kämpfen mühsam und schwer um geringe Verbesserungen unserer materiellen Existenzbedingungen. Noch nie seit der Staatsumwälzung standen die öffentlichen Betriebe und mit ihnen ihre Arbeitnehmer so unter kapitalistischem Druck wie am 1. Mai 1930. Arbeiter, Beamte und Angestellte fühlen die Faust des Kapitalismus im Nacken. Lohnabbau, Gehaltsabbau, Abbau von Arbeitern, Abbau von Angestellten, Abbau von Beamten ist die Parole des Kapitals. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen setzt ihre gesamte Macht gegen diese Forderungen ein. Wir können heute schon mit Genugtuung feststellen, daß der Widerstand der Organisation die Angriffe gegen die Rechte der Arbeitnehmer zum überaus größten Teil abgeschlagen hat.

Wir stehen im Kampf um die öffentlichen Betriebe. Das Jahr 1930 ist hier ein Jahr größter Entscheidungen. Das private Kapital sieht in der Ausdehnung und in der Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft eine Beeinträchtigung seiner Ausbeutungsmöglichkeiten und eine Gefahr für den Bestand der privaten Wirtschaft überhaupt. Demgegenüber sehen es die organisierten Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe als ihre besondere Aufgabe an, den Bestand der öffentlichen Wirtschaft zu verteidigen und ihren weiteren Ausbau zu fördern. Der Kampf für die öffentliche Wirtschaft und die Gemeinwirtschaft bedeutet für die Mitglieder des Gesamtverbandes Kampf für den Sozialismus. Und wenn wir die öffentlichen Betriebe und Unternehmungen der Gemeinwirtschaft als Vorläufer einer sozialistischen Wirtschaft betrachten, so haben wir als Gewerkschafter und Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben und der Gemeinwirtschaft das größte Interesse daran, neben der Forderung der Ueberführung unserer Wirtschaft in die öffentliche Hand und in die Gemeinwirtschaft selbst mitzuarbeiten, um die öffentlichen Betriebe auf den höchsten Stand wirtschaftlicher und technischer Entwicklung zu bringen. Mit Vorbedacht stellen wir diese wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte im Rahmen unserer Maibetrachtungen auf und darüber hinaus treten wir mit allen übrigen Arbeitnehmern Deutschlands, mit den Arbeitnehmern der ganzen Welt ein für die übrigen großen Forderungen der Arbeiterschaft: der Völkerverständigung und des Weltfriedens, für Abrüstung und internationales Schiedsgerichtsverfahren, für die Erhaltung und den Ausbau der deutschen Sozialpolitik, für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung, für Schaffung von Arbeit, für ausreichende Verkürzung der Arbeitszeit, für die Durchführung eines ausreichenden Arbeiterzuschusses. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Wirtschaft, der Gemeinwirtschaft stehen am 1. Mai Schulter an Schulter in Reih und Glied mit den Arbeitnehmern aller übrigen Berufe und Industrien.

Karl Polenske.

Beamte und 1. Mai



enn am 1. Mai die Arbeitnehmer der ganzen Welt in Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion demonstrieren, dann darf auch die Beamtenenschaft nicht abseits stehen. Am 1. Mai erhalten die Beamten in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben Dienstbefreiung, „so weit die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes es gestattet“. Macht die Beamtenenschaft auch von der ihr angebotenen Arbeitsruhe Gebrauch? Sind Länderverwaltungen, Kommunen und Kommunalverbände gewillt, entsprechend den Richtlinien der Reichsregierung Dienstbefreiung zu gewähren? Das sind zwei Fragen, die überflüssig wären, wenn die Beamtenenschaft in ihrer Gesamtheit und im Bewußtsein ihrer Klassenlage zum solidarischen Handeln bereit sein würde.

Die politische Freiheit ist erkämpft. Sie ist die Voraussetzung zur wirtschaftlichen Befreiung der arbeitenden Menschen. Die wirtschaftliche Gleichberechtigung aber muß erst im zähen Ringen erzwungen werden. Die kapitalistische Klasse ist nicht gewillt, freiwillig ihre Vormachtstellung aufzugeben. Der Verlauf und Ausgang dieses Kampfes wird auf Verwaltung und Betriebe nicht ohne Einfluß sein und auch die sozialen und rechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums berühren.

Die Beamten sollten daher am 1. Mai ihren Willen zum Aufstieg und zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gerechtigkeit öffentlich bekunden. Das Heer der Arbeiter und Angestellten legt an diesem Tage erneut das Gelöbniß ab, alle Kräfte einzusetzen für die Erreichung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Ziele. Auch der Beamte darf bei diesen Kundgebungen nicht fehlen. Die Sicherheit seiner Existenz hängt in erster Linie ab von einem geordneten und finanziell gefestigten Staatswesen. Das aber kann nur erreicht werden, wenn alle Nationen in friedlichem Wettbewerb ihre Kräfte messen. Darum unser Ruf am 1. Mai nach Völkerverständnis und Völkerverständigung.

An der Erhaltung der Arbeitslosenversicherung und Schaffung von Arbeit ist auch der Beamte auf das lebhafteste interessiert. Die Heranziehung der Beamten — der Festbesoldeten — allein zu einem Notopfer, einer Gehaltskürzung zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt, die Herabgruppierungen in den Gemeinden u. a. m. sollten der Beamtenenschaft gezeigt haben, daß ihre Existenz nicht gesichert ist, wenn Arbeiter und Angestellte sich in Not und Elend befinden.

Kapital und Besitz sind einig in der Abwehr aller Bestrebungen, die ihren Profit beschneiden und eine Belastung ihrer tragfähigeren Schultern herbeiführen wollen. Wieviel mehr müßten sich Beamte, Angestellte und Arbeiter einig sein in der Abwehr aller Angriffe, die auf eine weitere Belastung der Arbeitnehmer abzielen. Darum sollte der Beamte die Bedeutung des 1. Mai mehr als es bisher der Fall ist, zu würdigen wissen, denn auch für ihn sind seit 40 Jahren die Arbeiterbataillone marschiert, auch für ihn haben sie gekämpft und gelitten. Das Ringen der Arbeiterschaft um die Verkürzung der Arbeitszeit, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um soziale Sicherungen und größeren Anteil an den Kulturgütern muß auch die restlose Unterstützung der Beamtenenschaft finden. Leider kommen viele Beamte dieser Pflicht nicht nach, obwohl sehr oft ihre eigenen Väter und Brüder mit in vorderster Kampfesreihe stehen. Hier eine Aenderung herbeizuführen und die Beamtenenschaft für unsere Ideale und Ziele zu gewinnen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Der 1. Mai ist noch immer nicht ein einheitlicher Volksfesttag der Arbeit geworden, aber im früheren Obriheitsstaat war er mehr denn heute ein Kampftag. In den Reihen derjenigen, die diese für Recht und Freiheit demonstrierenden Arbeitermassen bekämpften, stand damals auch ein Teil der Beamtenenschaft. Sie war das Werkzeug der herrschenden Oberschicht, die klar erkannte, welche Gefahr diese von Begeisterung getragenen Kämpferscharen für die besitzende Klasse bedeuteten. Eine kleine Zahl von Beamten trat auch damals schon, mehr oder weniger offen, an die Seite der Arbeiterschaft und blühte dabei als Opfer auf der Strecke.

Heute ist es anders geworden. Auch der Beamte kann am 1. Mai offen und frei für seine Forderungen eintreten, die sich kaum von denen der Arbeiter und Angestellten unterscheiden. Aber trotzdem, es ist immer noch kein alltägliches Bild, daß uniformierte

Beamte in den Reihen der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder marschieren. Anfänge sind vorhanden und wir wissen, daß mancher Vorgesetzte über diese sinnfällige Solidarität der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft nicht sehr erfreut ist. Diese Vorgesetzten sehnen jene Zeiten wieder herbei, in denen sie zu befehlen und die untergeordneten Beamten lediglich zu gehorchen hatten, in denen es ohne die Erlaubnis der vorgeordneten Behörde verboten war, die Ehe einzugehen und auch die Zugehörigkeit zu einem Konsumverein, geschweige denn zu einer freien Gewerkschaft oder der Sozialdemokratischen Partei, nicht geduldet wurde. Diese Zeiten sind für immer vorbei, vorausgesetzt, daß die Beamtenenschaft ihre Rückkehr zu verhindern weiß.

Die Beamten haben alle Ursache, die Entwicklung der Verhältnisse aufmerksam zu verfolgen. Die bürgerliche Klasse rüttelt aus wirtschaftlichem Egoismus und kalter Berechnung an den sozialen Grundfesten des Berufsbeamtentums. Regiebetriebe werden in gemischt-wirtschaftliche umgewandelt oder in die Hände des Privatkapitals übergeführt. Die Zahl der Beamten wird verringert. Auch der Beamte ist, ebenso wie der Arbeiter und Angestellte, das Ausbeutungsobjekt der Wirtschaftsgewaltigen geworden, der seine Arbeitskraft zu einem möglichst billigen Preis verkaufen soll. Die Rationalisierungsmaßnahmen werden ohne Rücksicht auf die menschliche Arbeitskraft durchgeführt. Die Mechanisierung und Technisierung schreitet auch bei den Betriebs- und Hoheitsverwaltungen unaufhaltsam fort. Damit ergibt sich eine immer weiter fortschreitende Wesensgleichheit in der sozialen und kulturellen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Und trotzdem sehen wir nach wie vor eine Kluft zwischen dem größeren Teil der Beamtenenschaft und der Masse der Arbeiter und Angestellten. Diese Kluft muß so schnell wie möglich überbrückt werden, soll nicht die Arbeitnehmerschaft, vor allem aber die Beamtenenschaft selbst, Schaden erleiden. In der Anschauung der Beamten muß eine Wandlung eintreten, aber auch in der der Arbeiter und Angestellten. Diese „Wandlung“ ist nicht allein bei den Beamten nötig, weil die Nachwirkungen der Vergangenheit und des getrennten Marschierens sich auf beiden Seiten zeigen. Der lachende Dritte aber, der Ruhnieger dieser Zerspaltung der Kräfte der beamteten und nicht beamteten Arbeitnehmer, ist die besitzende Klasse und die mit ihr verbundene, wirtschaftliche und politische Reaktion, die in den Betrieben und Verwaltungen sich wieder festzusetzen bestrebt ist. Diesen Gegnern der arbeitenden Menschen gegenüber neutral zu sein, ist unmöglich, wie auch die Beamtenenschaft immer mehr erkennen wird.

Das Wort „Arbeiter“ hat in gewissen Kreisen der deutschen Beamtenenschaft noch nicht jenen Klang, wie es ihn beispielsweise in England schon hat. Die englische Arbeiterpartei zählt zu ihren Mitgliedern Angehörige der höchsten Gesellschafts- und Beamten-schichten, die stolz darauf sind, mit Arbeitern und Angestellten gemeinsam in einer Front zu stehen. Hoffentlich kommt bei uns bald der 1. Mai der Erkenntnis innerhalb der Beamtenenschaft, ein Tag der Abkehr von jener traditionellen Auffassung, daß eine organisierte politische und gewerkschaftliche Front von Arbeitern, Angestellten und Beamten unmöglich sei. Die harten Tatsachen werden bei dieser Entwicklung zwangsläufig mitwirken. Wir aber wollen am 1. Mai als freigewerkschaftlich organisierte Beamte restlos dort erscheinen, wohin uns unsere Gewerkschaft ruft. Im Dienste und in der Arbeit für unsere Organisation wollen wir unser Bestes leisten, damit die noch abseits stehenden Beamten gewonnen werden.

Es sind wahrlich Gründe genug vorhanden, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter sich gegenseitig nähern, kennen und verstehen lernen. Der 1. Mai ist der Tag der arbeitenden Menschen der ganzen Welt. Vereint mit allen Arbeitsbrüdern müssen auch die Beamten an diesem Tage zeigen, daß die Zeiten des Kadavergehorsams, der reaktionären „Neutralität“ und des fatalistischen Hoffens auf eine Besserung von „Oben“ vorbei sind.

Politische Bedeutung und wirtschaftliche Beachtung wird sich die Beamtenenschaft nur dann eringen, wenn sie sich aus ihrer Isolierung befreit und organisatorisch an die Seite der Arbeiter und Angestellten tritt. Die freigewerkschaftlich organisierte Beamtenenschaft marschiert als Vorktrupp. Möge recht bald das Gros der Beamtenenschaft folgen, dann wird ein 1. Mai anbrechen, der auch der Beamtenenschaft den erhofften Aufstieg bringt. J. Scherff.

Die Reichs- und Staatsarbeiter und der 1. Mai



Jeder feiert die Arbeiterschaft der Welt ihren Feiertag, den 1. Mai. Auch wir Reichs- und Staatsarbeiter wollen dabei sein. Uns ziemt es ganz besonders, diesen Tag zu feiern, denn wir haben immer noch Veranlassung, zurückzudenken an die Zeit, wo in den Reichs- und Staatsbetrieben sich freigewerkschaftlich zu organisieren und zu betätigen, verbotswidrig war. Seit jener Zeit ist mehr als ein Jahrzehnt ins Land gegangen und wir übersehen heute, was wir unterdessen alles erreicht haben. Wir können sogar stolz auf das Erreichte sein. Das bedeutet aber nicht, daß wir nunmehr die Hände in den Schoß legen dürfen und mit Behaglichkeit alles über uns ergehen lassen. Im Gegenteil! Gerade die Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifvertrages für die Reichsarbeiter, in denen wir uns gegenwärtig befinden, zeigen uns klar und deutlich, daß wir unsere Organisation noch viel mehr stärken und ausbauen müssen. Denn wir haben es bei diesen Verhandlungen mit einem Gegner zu tun, der sich immer noch als Wissensvollstrecker der Schwerindustrie betrachtet.

Diese Willensäußerung macht sich um so nachhaltiger bemerkbar, wenn die Reichsregierung, wie im gegenwärtigen Augenblick, aus reaktionären Elementen zusammengesetzt ist. Um jede auch noch so bescheidene Forderung muß ein stundenlanger Kampf geführt werden. Man kann sich mitunter des Eindruckes nicht erwehren, als ob diese Verhandlungsmethoden angewendet werden zu dem ausgesprochenen Zweck, unter der Arbeiterschaft in den Reichsbetrieben eine Verzweiflungsstimmung hervorzurufen. Bei den diesmaligen Verhandlungen ist es ganz besonders bedauerlich, daß sich die Reichsregierung immer noch nicht dazu aufzuschwingen vermag, den von uns geforderten und so dringenden nötigen Achtstundentag einzuführen. Wo drei Millionen arbeitslose Menschen auf der Straße liegen und uns täglich aus den Dienststellen des Reiches und leider auch der Staaten immer neue Mitteilungen zugehen, daß Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, ist es

unverantwortlich, daß man nicht endlich den Willen aufbringt, die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen. Diese Forderung zu erheben, die ja eine Klärforderung der Arbeiterschaft ist, halten wir gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr nötig.

Aus diesen Dingen heraus ist aber auch für die Reichs- und Staatsarbeiter klar ersichtlich, wie sehr es darauf ankommt, die gewerkschaftliche Organisation zu stärken und jede Zersplitterung zu vermeiden. Mit Stolz konnten wir in den letzten Jahren feststellen, daß Zersplitterungsbestrebungen gegenwärtiger Organisationen und sogenannter wilder Kontrollausschüsse in den Reichs- und Staatsbetrieben keinen Boden gefunden haben. Leider ist es in diesem Jahre bei den Wahlen zu den Hauptbetriebsräten etwas anders geworden. Ausschlossene und unorganisierte Leute, denen das Beitragszahlen schon immer ein Greuel war, haben es fertig gebracht, durch ihre Zersplitterungsarbeit den Gegner zu stärken. Jeder einzelne muß an seiner Stelle dazu beitragen, daß wir unsere Reihen schließen, um so durch konzentrierte Machtenfaltung unsere wirtschaftlichen Interessen besser wahrnehmen zu können. Dabei darf es bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit allein sein Bemühen nicht haben. Wir Reichs- und Staatsarbeiter sind stärker wie jede andere Arbeitnehmergruppe an der Zusammenfassung der Parlamente und der jeweiligen Regierungen interessiert. Unsere Interessenvertretung in den politischen Körperschaften des Reiches und der Länder kann weder den Nationalsozialisten noch den Kommunisten anvertraut werden. Schlagwortpolitik führt hier nicht zum Ziel und deshalb muß unsere Parole am 1. Mai sein: wir wollen gemeinsam Schulter an Schulter nicht nur mit den uns nahestehenden Gruppen, sondern im Verein mit der ganzen deutschen Arbeiterschaft kämpfen für den Ausbau unserer wirtschaftlichen und sozialen Arbeitsbedingungen. Im Kampf um die Erringung einer erheblichen Verkürzung der Arbeitszeit, im Kampf um den Ausbau unserer arbeitsrechtlichen Verhältnisse, um höhere Löhne und ein menschenwürdiges Dasein, grüßen wir den 1. Mai als den Weltfeiertag des Proletariats.

D. Stetter.

WELTSCHÖPFUNG

Neonen waren verfloßen.
Ewigkeiten kamen und gingen.
„Wüst und leer war die Welt“;
Noch herrschte das Chaos. —
Was heute unsere Welt wir heißen,
Wälzte sich, ein Glutball,
Brausend durch das All.
Und Jahrmillionen gingen dahin.
Da tauchten aus glosender Glut,
Aus des Urplaneten tiefer Tiefe,
Die ersten Besten —
Die Grundmauern der Kontinente.
Türmten sich auf
In gigantische Höhen —
Stürzten hernieder
In trachend-faufenden Katarakten —
Türmten von neuem sich auf
In schwindelnder Höhe
In Himalaja-Regionen —
Erstarrten in Formen
Urgewaltiger Kraft
Zu granitären Urgestein. —
Und abermals Jahrmillionen
Mählig nur verflühten die Gluten des Erdballs.
Dort noch zerbrachen sie
In ungebändigter Urkraft
Den Schoß der Wut;
Donnernd neue Glutwellen
Zur Oberfläche schleudern;
Neue Gebirge türmend,
Alte zerstörend,
Und in die Tiefe reißend. —
Und schufen doch zugleich das Element,
Das die heißen Gluten kühlte und bändigte:
Des Weltmeeres gewaltiges Becken.
Schon sammelten sich die Wasser
Am tiefen Ort,
Und es entstand
Das Trodene. —

In des Weltmeeres Tiefen jedoch
Wurde das Leben!
Entstand in der Urzelle
Zu Protoplasta
Zu winzigen Mikroorganismen . . .
Und weitere Jahrmillionen
Gingen über diese Welt.
An den Urgebirgen nagten die Wasser —
Bernagten sie —
In den Tiefen des Weltmeeres
Von neuem sie schichtend,
Und siehe:
Neue Weltzeitalter entstanden,
Neue Kontinente bauten sich auf:
Aus dem Weltmeer wanderte das Leben
Aufs Trodene;
Schuf in ewigem Wandel
Neue Formen,
Neue Wesen.
Es wurde die Fauna des Landes
Und als ihr letztes Glied:
Der Mensch!
Der erste Mensch! —
Und war doch mehr Tier noch, als Mensch . . .
Paradiesisch nur in seiner Naivität,
Nur in der Unkenntnis von Gut und Böse
(Das erst Jahrzehntausende spätere Geschlecht
[er dachten . . .])
Das Paradies nur immer Sehnsucht,
Niemals: Sein!
Hilflos, wehrlos
Der Mensch . . .
Feindlich die Natur —
Feindlich die Umwelt —
Nur die Wahl:
„Fressen oder Gefressen-werden!“
Da bot sich dem Wehrlosen als erste Waffe:
Der Stein!
Jahrtausende hindurch seine einzige Wehr;

Jahrtausende währte das Zeitalter des Steins:
Das Paläolithikum. —
Erst spät gesellte sich ihm
Das Eisen. —
Stein und Eisen:
Des Menschen treueste Freunde und Begleiter
Sind sie geblieben.
Aus Stein und Eisen schuf der Mensch
Ein neues Zeitalter. —
Aus ihnen aber schuf er auch — Ketten!
Schuf er Zwingsburgen.
Schuf er die Waffen des Bruderkrieges,
Schändend des eigene Geschlecht —
Schuf er die Werkzeuge der eigenen Knechtschaft . . .
Schuf er selbst sich seine Fron.
Jahrtausendelang trug er schweigend dies Los. —
Da entstand dem schaffenden Menschen ein neuer
[Prometheus]
Der zum zweiten Male den Göttern das Feuer stahl
Und es den Schaffenden schenkte als Licht und Wärme,
Den Frost und Fron;
Daß in ihren Herzen erglühte
Der Begeisterung Flamme,
In ihren Adern entbrannte Bekennermut.
Trotzig heischeten sie:
Freiheit, Freiheit, Liebe, Lebensfreude!
Und wurden sehend —
Erkannten,
Daß Stein und Eisen
Noch immer wirksam als Werkzeug und Waffe,
Wenn — so Werkzeug wie Waffe ihr Eigen.
Und befaßen sich auf ihr Eigen . . .
Nun schafften sie Werkstein auf Werkstein
Und bauen die Straßen
Zum Tempel einer neuen Menschheit;
Eine neue Welt will ersehen:
Die Welt der Freiheit und Gleichheit
Und Brüderlichkeit! — — —
Alexander Knoll.

Die Seeleute und Hafnarbeiter am 1. Mai.



Als ich im Frühjahr 1897 als frischgebackener Ewerführerlehrling das Hafnarbeiterproletariat vermehrte, brannten noch die zahllosen Wunden, die der elfwöchige Streik den damals schlecht organisierten Hafnarbeitern geschlagen hatte. Der große Streik 1896/97 war verlorengegangen. Aber es war eine Niederlage, die zur Wiedergeburt der Hafnarbeiterorganisation führte, eine Niederlage, die das Streikkomitee berechtigte, die Unternehmer zu fragen: „Graut nicht der Macht von Geldsacks Gnaden vor diesem Sieg vom 6. Februar?“ Ein bißchen dämmerte es wohl den Unternehmern. Ihr Widerstand gegen die Lohnerhöhung war gebrochen. Aber dies war nicht der größte Erfolg des „ergebnislosen“ verzweifelten Aufbäumens der Hafnarbeiter. Während des Streiks protestierte der Unternehmerführer Blohm gegen die Bildung eines von den Arbeitern vorgeschlagenen Schiedsgerichts mit dem Hinweis, daß es den Arbeitern weniger um den Lohn als um die Arbeitsbedingungen gehe. Das war nun zwar etwas „großzügig“ gesagt, aber in der Tat forderten die Arbeiter sehr energisch die Arbeitszeitverkürzung, weil die lange Arbeitszeit die Hauptursache der vielen Unfälle sei. Die Schutz- und Verkehrskommission der Hafnarbeiter hatte festgestellt, daß 1895, soweit gemeldet, 58 764 Nächte gearbeitet und daneben 1 200 843 Ueberstunden geleistet worden waren. 1896: 59 610 Nächte und 1 176 991 Ueberstunden. Daß Arbeiter 36, 48, 60 ja 72 und mehr Stunden ununterbrochen tätig waren, gehörte durchaus nicht zu den Seltenheiten. Der Streik hatte denn auch den Erfolg, daß der Senat eine schärfere Kontrolle zusagte und im November 1897 einen Hafeningenieur anstellte, „dem die Fürsorge für den Schutz der Hafnarbeiter gegen Gefahren für Leben oder Gesundheit derselben... übertragen“ wurde.

Im Jahre 1901 ging ich nach beendeter „Lehrzeit“ in das Verkehrslokal der Hamburger Ewerführer, um mich in die Organisation aufnehmen zu lassen. An der Wand hing unter Glas und Rahmen ein Karton, der die Namen der auf „ewig“ von den Unternehmern auf die schwarze Liste gesetzten Ewerführer aufzählte. Diese Märtyrer hatten sich 1890 im Maikampf hervorgetan. Am 100. Jahrestag des Bastillesturms hatten sich in Paris die Vertrauensleute der Arbeiter aller Länder versammelt, um die Nachkömmlinge der Bastillekämpfer, die Bourgeoisie, zu mahnen, daß die kapitalistischen Zwangsburgen schließlich nicht fester stehen als das 1789 in Paris zerstörte Staatsgefängnis des Feudalismus.

Der internationale Arbeiterkongress stellte auch internationale Arbeiterschuhforderungen auf und um zu beweisen, daß es sich hierbei nicht um eine leere Demonstration handle, forderte der Kongress die Arbeiter aller Länder auf, „eine große internationale Manifestation zu organisieren“. Die Maifeier war geboren!

Auf Seeleute und Hafnarbeiter, die täglich, stündlich mit einem Fuß im Grabe stehen, die unter schweren hängenden Lasten arbeiten und jeden Augenblick von herabstürzenden Massen erschlagen werden können, auf Arbeiter, die jeden Augenblick aus schwindelnder Höhe auf das Straßenpflaster, in den Schiffsraum, ins Dock stürzen und die Gliedmaßen zerhackt werden können, auf Arbeiter, denen beim geringsten Fehltritt der Tod des Ertrinkens droht, auf Arbeiter, denen auf Schritt und Tritt der Tod zur Seite steht — kurz, auf die Seeleute und Hafnarbeiter mußte dieser internationale Weckruf um so tiefer wirken als sie selbst in ihrem verzweifelten Kampf gegen die Unfallgefahren kaum einen anderen Erfolg ernteten als Beschimpfungen und Verhöhnungen durch die Presse der satten Bourgeoisie. Mit wahrer Begeisterung feierten die Hamburger Hafnarbeiter den ersten Maitag. Die Aussperrung von drei Tagen beantworteten die Ewerführer — mehr vom Herzen als vom Kopf beraten — mit Lohnforderungen und Streik. Dieser Streik zertrümmerte den am 1. Februar 1890 gegründeten Zentralverband „Verein der Flußschiffer und Stromschiffer sowie der Seefahrer Deutschlands“, dessen Kern die Ewerführer waren. Nicht weniger als 179 Ewerführer kamen auf die schwarze Liste und einige wurden überhaupt nicht wieder gestrichen.

Im gleichen Jahr wurde der Verband der Hafnarbeiter gegründet.

Und noch einmal wurde das Organisationsleben der Hafnarbeiter durch eine Maifeier schicksalhaft bestimmt. Im Jahre 1906 hatten sich die Hamburger Hafnarbeiter wieder vollzählig an

der Maifeier beteiligt. Die Unternehmer antworteten mit der üblichen befristeten Aussperrung, deren Dauer inzwischen auf zehn Tage verlängert worden war und richteten für die Schauerleute einen Arbeitsnachweis ein, der mehr Maßregelungsbüro war. Da alle Verhandlungen um Beteiligung der Arbeiter an der Leitung des Nachweises ergebnislos verliefen, quittierten die Schauerleute die Maibescherung der Unternehmer mit dem Beschluß, alle Spätarbeit nach 10 Uhr abends abzulehnen. Es war Hochkonjunktur und die Unternehmer schluckten diesen Beschluß, da ja die Nachtarbeit „verhältnismäßig teuer“ sei. Als aber im nächsten Jahr die Vorboten der Krise unverkennbar waren, verlangte der Hafnarbeitsverein die bedingungslose Aufhebung des Beschlusses. Es kam zu einem erbitterten sechswöchigen Kampf, der mit einem regelrechten Vergleich schloß. Die Schauerleute hoben den Beschluß auf und die Unternehmer führten den Schichtwechsel ein. Das war ein Sieg des Prinzips, der unseren Maiforderungen gerecht wurde.

Soweit Hafnarbeiter und Seeleute in ihrer Geschichte zurückblicken können, haben sie ihre schwersten Kämpfe um jene Grundsätze und Forderungen austragen müssen, für die am 1. Mai in allen Ländern der Welt demonstriert wird. Die soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen hat wegen der Eigenart des Berufs bei den Seeleuten und Hafnarbeitern mehr Arbeit gekostet als in den meisten anderen Berufsgruppen. Noch heute liegt besonders bei den Seeleuten vieles im argen, denn viele ihrer sozialen Forderungen lassen sich nur international durchführen. Am 1. Mai sollten sie daran denken. Den meisten deutschen Seeleuten ist die Möglichkeit genommen, mit ihren Arbeitsbrüdern an Land gemeinsam zu demonstrieren. Aber wo immer sie in den Häfen der ganzen Erde dazu Gelegenheit haben, sollten sie sich der Kämpfe erinnern, die wir um die Durchführung der Forderungen führten, für die wir am 1. Mai erneut demonstrieren. Sie sollen sich erinnern, daß wir auf halbem Wege stehen bleiben mußten, weil das Ausland die Arbeit der Seeleute zum Teil noch geringer schätzte als es in Deutschland der Fall ist. Während der Achtstundentag in den Landbetrieben in den meisten Ländern Gesetz ist, haben die Seeleute aller Länder noch um diese Arbeitsdauer international zu kämpfen. Wo die Möglichkeit besteht, sollen deshalb die Seeleute aller Länder in allen Häfen am 1. Mai gemeinsam für ihre gemeinsamen sozialen und sozialpolitischen Interessen kämpfen. Die deutsche Arbeiterklasse hat im internationalen Kampf um mehr Arbeiterschutz stets die Führung gehabt, es wird Zeit, daß die deutschen Seeleute im Kampfe um die Menschenrechte der Fahrtenleute der ganzen Erde die deutsche Tradition aufnehmen und fortsetzen.

Die deutschen Seeleute haben dank der Hilfe ihrer freigewerkschaftlichen Organisation und der Sozialdemokratischen Partei in den letzten zehn Jahren mehr sozialpolitische Fortschritte gemacht als in fünfzig Jahren vorher. Sie sind in der internationalen seemannischen Front vorgeprellt. Diese Stellung läßt sich nur halten, wenn die Front nachrückt. Mit anderen Worten: Unsere deutschen Errungenschaften geraten in Gefahr, wenn sie nicht sobald wie möglich internationale Güter werden. Deshalb propagiert am 1. Mai jeder deutsche Seemann, er mag sich aufhalten, wo es sei, auf See oder im Hafen, unsere sozialpolitischen Forderungen und verteidigt unsere Errungenschaften.

Für die Hafnarbeiter liegt die Sache etwas günstiger. Aber auch für sie sind weitere Fortschritte fast nur noch international möglich. Die Hafnarbetriebsherren, vielfach identisch mit den Reedern und Industriellen, finden sich nicht einmal mit den gegebenen Verhältnissen ab. Sie wollen nach rückwärts revidieren. Rund 6500 Unfälle im Hamburger Hafen sind ihnen ein Kahendreck. Wenn die Hafnarbeiter nicht alle Kräfte anspannen, büßen sie ein, wofür sie in früheren Jahrzehnten Not und Entbehrungen auf sich genommen haben.

Am 1. Mai bringen sie Schulter an Schulter mit ihren Leidensgenossen ihre feste Entschlossenheit zum Ausdruck, mit allen Mitteln das Errungene zu halten und für unsere noch nicht erfüllten Forderungen auch den schwersten Kampf zu wagen.

Li nd ow.

Das Maienreich



Die Zeiten starben und die Menschengeschlechter verkamen und sie wurden des Mai nicht gewahr. Ueber die Welt rankten sich Pfirsichblüten, im Winde raunte die Sehnsucht und die Verheißung unendlicher Wunder und die Vögel wurden nicht müde, im Mairagen unter der mild leuchtenden Sonne die Maibotschaft immer aufs neue zu verkünden. Die Menschen aber hatten Besseres zu tun als zu hören, zu fühlen und sich zu freuen. Nur bisweilen, wann sich heiße Jugend zueinander fand, wurde der Mai lieblich in die Kammer geladen. Auch ein Paar Posten vernahmen den seligen Klang und setzten ihn in irdische Weisen. Sonst aber trieb man allerlei weisere Hantierung. Man liebte es, die Fenster zu vermauern, so wie sie es heute machen, wenn sie alte Schlösser, die von Höhen blicken, in Zuchthäuser verwandeln: Vor allem den Ausguck sperren, mit Mauersteinen verammeln und Eisenstäbe vorlegen, damit der Mai nicht einbricht und der Häftling lachend ins Freie entführt wird. — Fleißig bauten sie am Hungerturm der Menschheit. Hundert Kloster wuchs er unter die Erde. Ein paar Wächter saßen draußen und spähten grimmig, die andern waren drinnen eingesperrt. Dort fielen sie im Hungerwahnsinn, verstümmelten einander mit eigenen Händen, rissen die Herzen aus den Leibern und stülten die tolle Gier mit der ehlen Nahrung. Sie schrien und weinten und tobten und zertrümmerten die gemarterten Schädel an den Mauern. In den Zuckungen ihrer Qual vollzog sich der Kreislauf ihres Lebens. Sie wußten nichts vom Mai, den sie niemals sahen. Die Erde trieb umsonst ihre Blüten. Das nannten sie: Segen der Arbeit! — Oder sie zogen Striche über die Erde. Und der Strich besaß unheimliche Gewalt. Links wurden die Menschen ganz anders als rechts. Sie sprachen anders und man sagte ihnen auch, daß sie ganz verschieden fühlen müßten. Von Zeit zu Zeit drängten sie wie besessen über den Teufelsstrich und mordeten sich. Die Erde blutete und die Felder waren mit Menschenfesen besät. Und der Mai entfloß weinend. Das nannten sie Liebe zum Vaterland! — Oder sie trieben grausame Gedankenjagd. Wo der Mai in einem rüstigen Hirn flügelweites, kühnes Denken entkeimen ließ, da kamen die Häcker und erstachen mit glühenden Nadeln das fröhliche, freie Sinnen und Gestalten. Dann legten sie die Hirne an feste, wundreibende Ketten, bis sie sich und mürbe wurden und gar nicht mehr dachten. Das nannten sie: Das Bekenntnis zu ewiger, göttlicher Wahrheit.

Das Schlimmste aber war doch, daß sie den Mai so schmutzig verleumdeten. Das sei Sünde und Frevel, frech zu blühen, in Farben und Düften sinnlich zu schwelgen. Wie schlimm diese niedrige Fleischeslust, daß sie begehren, wie die Bienen um rote Blüten zu summen! Steinigt das Lachen, kasteit die Sonne und schleppt den Mai zum Galgen. Schönheit und Freude ist Satansfrug. Erst wenn der Leib modert, darf er im ewigen Mai brünstig schwärmen. Insonderheit wenn ihr arm seid und tief geboren, dann ziemt es euch, in härtem Gewande Freude, Kraft und Schönheit zu dörrn. So erst werdet ihr würdig ewiger Glückseligkeit, wenn ihr das Mailaster in euch abtötet, das überdies nur in der Arbeit stirbt und den giftigen Neid schützt wider die, welche besitzen und schmarnohen. Das nannten sie: Frömmigkeit.

Die Zeiten starben und die Menschengeschlechter verkamen und das Reich des Mai war verloren. Von allen Landarten war es gestrichen. Man erzählte von ihm wie von einem Gespensterland, das sündige und törichte Einbildung geschaffen.

Trotzdem grünt in jedem Jahr wieder die Wiesen, die Kirschbäume schneiden und die Ameln feiern Hochzeit. In solchen Nächten zwischen harten, peitschenden Stürmen und weichem, leisem, schwer und fremd duftendem Frühlingswehen, da gingen wohl selbstsam leuchtende Sterne auf, die winkten, als wollten sie neue Wege weisen ins verschüttete, vergessene Maienreich. Und Männer standen

auf und rechneten und prüften und dachten, und bald war es ihnen klar: dort drüben, ganz in der Nähe, herrscht der Mai.

Da riefen sie laut, daß es wie ein Kampfruf hallte: Kommt, laßt uns eine Expedition rüsten, um den Mai zu entdecken. Der Ruf hallte und wuchs im Hallen und wickte wachsend.

Freilich, das Maienreich ist kein Schlaraffenland, und nicht durch einen Kuchenberg frist man sich hindurch ins Land der faul schlemmenden Bäume.

Ein wildes Felsgemäuer versperrt es, und einen tiefen, langen Tunnel gilt es durch das Gestein zu schlagen. Aber was kümmert uns die Mühsal, wissen wir doch, daß mit dem letzten Hammerschlag der Mai in unsere Fingernis fluten wird!

So arbeiten wir Tag für Tag, gebeugten Rückens und doch voll stolzer, starker Hoffnung. Der Hammer pocht unablässig. Rote Fackeln leuchten unserer Arbeit. Das Krachen stürzenden Gesteins ist der Stundenschlag unserer Erlösung. — Am ersten Maientag



alljährlich aber ruhen die Hämmer, die Rücken recken sich empor, die düsteren Augen werden hell und in den Seelen schwillt es empor. Die Felswand aber, die der Arbeit noch widerstand, wird durchsichtig wie ein Fenster. Es öffnet sich weit, und nur ein feiner, geheimnisvoller Schleier scheint noch das Maienreich zu verschüllen. Volle Garben streut das Licht in diese unterirdische Welt und das Gestein scheint sich in ein blühendes Gefilde zu wandeln. Herrlich leicht wird es allen müden Armen, in den Furchen der Gesichter glimmt eine kühne Heiterkeit und alle Häupter sind golden umleuchtet. Tanzfreude erfüllt die Männer und Frauen, die Burschen und Mädchen, die Kinder haschen sich und lachen und singen das alte Kinderlied vom Mai, der gekommen. — Plötzlich aber dringt ein gewaltiger Chor, vielhunderttausendstimmig aus der Tiefe empor — eine Weise, die hämmert, ein Lied, das marschiert, ein Rhythmus, der Felsen sprengt. — Sie singen, daß die Arbeit, die welterbauende, nicht mehr durch den gemeinen Zweck geschändet werden soll, nur die Notdurft zu sättigen und die Blöße zu decken. Ein Reich

des Mai graben und hämmern wir. — Nicht mehr lassen wir uns einkerhern auf einem engen Fadenfleck, der von unseren Peinigen uns als Vaterland angewiesen ist, während die andere Welt als „Feind“ geschmäht und gesperrt wird. Der Völkermai weitet sich uns als Vaterland; die neue Heimat hat keine Grenzen, ihre Fahne ist Freude, ihr Wappen Kraft und ihre Farbe ist Freiheit — Maienreich, Maienland!

Und befreit schreitet auch der Gedanke wie ein rüstiger, wundererfüllter Maiwanderer gegen Sonnenaufgang. Die Wahrheit ist keine starre Tafel, kein alter ausgegrabener Ziegelstein mit fremden mystischen Schriftzeichen, die von verschütteten Kulturen reden. Die Maiwahrheit treibt und blüht und reißt ins Unendliche, in ewig junger Entfaltung sich neu formend, über Irrtum und Dunkel hinaus, zu den Sternen empor.

Unsere Frömmigkeit aber klebt nicht an vermoderten Zeichen und Bildern, sie quillt, jeden neuen Morgen wiedergeboren, in der jauchzenden, innigen Andacht der Maienschönheit, die nicht enden will: So bröckelt der Fels, die Wand wird licht,

Bald schlägt der Letzte, zersprengende Schlag —
Wir graben in Nacht, wir hämmern in Pein
Das Maienreich — —
K. Eisner.

Bruder, komm und schau:
So hell die Stunde, so klar die Lust!
Alles ein Schritt in einem Bunde,
übersprungen jede Kluft!
Don e i n e m Himmel umspannt
grüht uns junges Land.
Die Bäume winken mit grünen Schleiern
unsern Zug. Karl Bröger.

Neue Steuern — neue Lasten!

Die diesjährige Maisfeier hat durch den Regierungswechsel und die nachfolgenden Ereignisse im Reichstag, die mit der Annahme der Steuervorschläge der Regierung eine ungeheure Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich bringen, eine ganz andere Bedeutung erlangt. Die Maisfeier muß zu Kampfkundgebungen ausgestaltet werden gegen eine Regierung, die, selbst nach dem Ausspruch des Zentrumsabgeordneten Schack, die reaktionärste Regierung seit der Revolution ist. Von allen guten Geistern verlassen und jeder Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten bar, sind die Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, dem Großjunkerum, dem Kapitalismus erlegen. Die Deutschnationalen spalteten sich zur Rettung dieser Rechtsregierung, wie einst bei der Dawes-Abstimmung, und die Bayern nahmen sogar eine Verteuerung des Bieres an.

Wie groß muß die Angst dieser Parteien vor der Auflösung des Reichstags gewesen sein, und doch muß sie kommen, um diese volks- und arbeiterfeindliche Regierung hinwegzufegen. Der Kampf um die Lastenverteilung der Young-Gesetze ist vorläufig zuungunsten des arbeitenden Volkes entschieden. Um was ging es?

Nach dem Rücktritt der Regierung Müller, die eine weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung nicht annehmen konnte, kam das Kabinett Dr. Brüning-Schiele-Crevieranus, angeblich eine Regierung der Mitte, aber mit ausgesprochenem Rechtskurs, die am 8. April zur Behebung der Finanznot des Reiches sich über ein Agrarprogramm einigte und einen Steuerstraß zur Annahme empfahl, vor dem einem angst und bange werden konnte. Darin war folgendes vorgesehen:

Für Weizen wird ein Richtpreis von 260 M., für Roggen von 230 M. festgesetzt. Die Regierung erhält die Ermächtigung, den Zoll beweglich, entsprechend ohne obere Grenze zu regeln. Eine Nachprüfung soll alle sechs Monate (anstatt bisher alle drei Monate) erfolgen.

Der § 12 des Fleischbeschgesetzes wird wieder in Kraft gesetzt. Des zollfreie Gefrierfleisch-Kontingent kommt mit dem 1. Juli 1930 in Wegfall; statt dessen wird für die minderbemittelte Bevölkerung die gleiche Menge (50 000 Tonnen) frisches Fleisch zur Verfügung gestellt.

Die Zölle für Stärke werden von 16 auf 24 M.,

für Dextrin von 18 auf 36 M.,

für Sago von 15 auf 40 M.,

für Talg von 2,50 auf 20 M.,

für Eier von 6 M. auf 40 M. für 100 Kilo,

für Speck von 14 auf 20 M.,

für Schmalz von 8 auf 12 M. heraufgesetzt.

Für Milch wird ein Zoll von 5 M. eingeführt und der Zoll für kondensierte Milch von 5 auf 8,50 M. erhöht. Für Mehl wird der doppelte Weizenzoll zuzüglich 1,40 M. festgesetzt.

Die Weinzölle sollen auf 50 Proz. erhöht werden; für die Seltzölle erhält die Regierung eine Ermächtigung ohne Bindung.

Bei den Schweinen soll der Zoll, wenn der Preis unter 75 M. bleibt, von 27 auf 36 M., wenn er sich zwischen 75 und 85 M. bewegt, von 18 auf 29 M., wenn er über 85 M. steigt, von 9 auf 18 M. festgesetzt werden. (Die Einfuhr polnischer Schweine wird dadurch praktisch so gut wie ausgeschlossen.)

Zu diesen Regierungsvorschlägen kamen im Laufe der Beratungen in den Ausschüssen noch andere hinzu, die teils auf eine Änderung der Regierungsvorschläge hinzuliefen, teils eine Ablösung dieser Vorschläge bezweckten. Es wurde eine Bier- und Mineralwassersteuer, eine Benzin-, Tabak- und Zuckerzollerhöhung vorgeschlagen, weiter eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Proz. und für die nachträglich herabgesetzte Biersteuer eine Sondersteuer für Warenhäuser und Konsumgenossenschaften in Höhe von 1,35 Proz. Für die Invalidenversicherung wurde die Herabsetzung der Zuweisungen des Reiches von 40 auf 20 Millionen Mark in Vorschlag gebracht und die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sollte die Ermächtigung zu Reformvorschlägen (lies: Abbau) erhalten.

Die von der Sozialdemokratischen Partei wiederholt gemachten Vorschläge, eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge vorzunehmen und ein Notopfer von den Einkommen über 8000 Mark in Höhe von 10 Proz. zur Einkommensteuer zu erheben und die vorgeschlagenen Steuern entsprechend zu kürzen, wurden abgelehnt.

Es war klar, daß eine derartige Häufung von Steuern, eine ausgesprochene Massenbelastung unter Schonung des Besitzes, den stärksten Widerstand der Arbeitnehmervertreter hervor-

rufen mußte. Schwer kämpfte die Regierung um ihre Vorlagen im Reichstag und täglich hing über ihr das Damoklesschwert des Sturzes, bis schließlich am 14. April in der dritten Lesung die Steuergesetze und das Agrarprogramm mit Mehrheiten von 4 bis 46 Stimmen angenommen wurden.

Die „Junktum“-Bestimmungen des Benzinzollgesetzes, die diese Steuer unlösbar mit dem Agrarprogramm verband, wurde mit 46 Stimmen, die Tabak- und Zuckersteuer mit 6 Stimmen, die Bier-, Umsatz- und Konsumsteuer mit 5 Stimmen, die Mineralwassersteuer mit 4 Stimmen und die Herabsetzung der Zuweisungen an die Invalidenversicherung mit 45 Stimmen Mehrheit angenommen. Ein Antrag auf steuerfreie Belieferung von Krankenanstalten und Kranken mit Mineralwasser wurde abgelehnt! Damit ist der Raubzug auf die Taschen der Arbeitnehmer und Kranken gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten (von den Deutschnationalen stimmten 36 dafür, 20 dagegen) nunmehr beschloffen.

Das Abstimmungsergebnis ist lediglich ein Ausdruck der Angst der Regierungsparteien, dem Volk durch eine Reichstagswahl die Entscheidung über diese Dinge zu übertragen. Das Verhalten der einzelnen Parteien bei der Abstimmung dürfte aus der Tagespresse bekannt sein.

Das nun beschlossene Finanz- und Agrarprogramm führt zwangsläufig zu einer verhängnisvollen Steigerung des Preisniveaus und löst automatisch damit Kämpfe um Lohn- und Gehaltserhöhungen aus. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter sind nicht in der Lage, diese Steuern allein zu tragen. Sagen die 16 Selbstmorde und 10 Selbstmordversuche an einem Tage in Berlin nicht genug? Da hilft auch die Gründung eines Vereins dagegen nichts. Das Volk will keine Almosen, es will Arbeit und Brot.

Wie ein Hohn wirkt der Beschluß des Reichsrats vom 14. April, der zum Zweck der Inangriffnahme des Panzerkreuzers B in den Etat für 1930 die erste Rate von 3 Millionen Mark auf Antrag der Deutschnationalen eingesetzt hat. Solange die Sozialdemokraten noch in der Regierung waren, haben sie selbst die Einsetzung einer Anerkennungsgebühr für den Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 abgelehnt. Am 16. April hat sich nun auch das Reichskabinett mit der Vorlage des Reichsrats zum Panzerkreuzer, die mit 29 gegen 29 Stimmen angenommen wurde, einverstanden erklärt und will sie vor dem Reichstag vertreten. Für die Kinderspeisung wurden in den Etat nur eine Million Mark eingesetzt. Die Geister, die die Regierung von rechts rief, wird sie nicht mehr los, und die Reaktionäre verlangen jetzt Belohnung für ihren Umfall bei der Abstimmung.

Auch außenpolitisch zeigt das Brüning-Schiele-Zollprogramm bereits Wirkungen und gefährdet durch die starke Erhöhung der autonomen Zölle die Ratifikation des Zollfriedenspaktes. Verschiedene Staaten haben mit Sorgen von den Beschlüssen Kenntnis genommen und die Rufe nach Gegenmaßnahmen im Ausland mehren sich. Die polnische Regierung hat bereits durch eine Note gegen die Erhöhungen der deutschen Agrarzölle offiziellen Protest erhoben, da sie im Widerspruch zu dem Geist des Genfer Zollabkommens stehen. So kommen zu den innerpolitischen Schwierigkeiten auch außenpolitische Verwicklungen.

Auch wir Beamten, Angestellten und Arbeiter sind zur Abwehr gezwungen. Wir müssen die Front schließen im Kampf gegen die weitere Verschlechterung der Lebenshaltung, und als erster Ausdruck unserer Kampfbereitschaft und Entschlossenheit müssen die Mai-Kundgebungen im ganzen Reich machtvolle Demonstrationen sein gegen eine Regierung der Militaristen und Kapitalisten.

E. Friß.

Mit Karl Marx muß die Arbeiterschaft erkennen, daß Arbeit die Quelle allen Reichtums und aller Kultur ist und daß darum den Schaffenden die Macht in der Gesellschaft zustehen. Nur Feiglinge jammern über die heutigen Zustände. Klassenbewußte Proletarier erkämpfen sich ihr Recht. Der Freiheit eine Gasse, der Arbeit ihr Recht.

Die Frauen und der Maigedanke



u allen Zeiten und in allen Epochen war für die Frauen ein gerüttelt Maß von Arbeit bestimmt. Die Frauen haben daher ein besonderes Interesse daran, sich mit Maigedanken — das sind Zukunftsgedanken — zu beschäftigen und dabei Rückschau zu halten in die Vergangenheit. — Als vor 40 Jahren zum erstenmal die Arbeiterschaft am 1. Mai für ihre Menschheitsforderungen demonstrierte, standen die Frauen noch abseits der Arbeiterbewegung. Preußen war mit einem „Vereinsgesetz“ gesegnet, dessen § 8 lautete: „Vereine, welche be-

zwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenpersonen als Mitglieder aufnehmen und sie dürfen nicht mit anderen Vereinen gleicher Art in Verbindung treten.“ Dies Gesetz konnte jederzeit in Anwendung gebracht werden und so eine Mitarbeit der Frauen illusorisch machen. Trotzdem aber hatten einige beherrzte Frauen 1885 in Berlin einen „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ gegründet, dem allerdings kein langes Leben beschieden war. Schon 1886 wurde er polizeilich verboten, weil angeblich politische Gegenstände wie die „Stellung der Frau im sozialen Kampf ums Dasein“, „Einführung der Sonntagsruhe“ und ähnliches besprochen wurden und weil außerdem in diesen Vereinen nicht nur Frauen aufgenommen wurden, sondern derselbe — man höre und staune gebührend — überhaupt nur aus Frauen bestand! Das war damals ein furchtbäres Verbrechen. Die Vorstandsmitglieder wurden entsprechend bestraft und damit war die erste Vereinigung arbeitender Frauen erledigt. — Erst nach dem Fall des Sozialistengesetzes gelang es, wenn auch nur ganz langsam, die Frauen für die freien Gewerkschaften zu gewinnen. Zu dieser Zeit aber

wurde die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit für das Wirtschaftsleben noch nicht voll erkannt. Erst der unselige Weltkrieg brachte den Frauen die Anerkennung ihrer Leistungen. Sie fanden Eingang in fast alle Berufe, die vor dem Kriege nur von Männern ausgeübt wurden und es zeigte sich die große Verwendbarkeit der Frauen in Arbeitsgebieten, die ihnen vorher vollkommen fremd waren. Trotzdem aber war ein Anstieg der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften kaum zu verzeichnen. Erst die Revolution brachte den freien Gewerkschaften einen ungeheuren Zustrom an weiblichen Mitgliedern. So stieg die Zahl von 223 676 im Jahre 1913 auf 1 753 576 im Jahre 1922, die aber bis zum Jahre 1925 um rund eine Million zurückging. Es ist beschämend für die Frauen, daß von den 11,5 Millionen erwerbstätigen Frauen heute die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten nur knapp die Million überschreitet.

Worauf ist nun diese Erscheinung zurückzuführen? Durch Generationen hindurch ist den Frauen anerzogen und eingepflanzt worden, daß ihre Aufgabe in dem Gebären und Aufziehen der Kinder und der Führung des Hauswesens des Mannes besteht. Die dadurch hervorgerufene wirtschaftliche Abhängigkeit vom Manne hat in den Frauen Minderwertigkeitsgefühle erzeugt, von denen ein großer Teil der Frauen sich bis heute noch nicht gänzlich freigemacht hat. Die jahrtausendelange Erziehung in diesem Sinne

hat es auch mit sich gebracht, daß vielfach die Berufstätigkeit der Mädchen nur als ein vorübergehender Zustand betrachtet wird, der durch die sehnlichst erwartete Heirat sein natürliches Ende finden soll.

Diese fest eingewurzelten Ansichten gilt es mit aller Energie zu bekämpfen, denn sie erschweren die Agitation unter den Frauen ganz ungeheuer. Immer wird von den Frauen der Einwand erhoben, daß sie doch die Organisationsbeiträge in Anbetracht der baldigen Verheiratung sparen können. Dabei vergessen sie aber vollständig, daß unsere immer wieder aufgestellte Maisforderung „für gleiche Leistung gleichen Lohn“ nur dann durchgesetzt werden kann, wenn die Frauen mindestens ebenso stark organisiert sind wie die Männer. Wären in den Tarifkommissionen (entsprechend der Zahl der am Tarifvertrag beteiligten Frauen) so viel Frauen wie Männer, dann wären die Unterschiede zwischen Männer- und Frauenlöhnen nicht zu finden, die heute bei gleichen Leistungen bis zu 30 Prozent und mehr betragen. Dazu kommt, daß bei dem heutigen Frauenüberschuß ein großer Teil der Frauen überhaupt auf die Ehe verzichtet muß und ein mindestens ebenso großer Teil trotz der Verheiratung zur Weiterarbeit gezwungen ist. Doch auch im Interesse der nach ihrer Verheiratung aus dem Berufe ausscheidenden Frauen liegt es, an der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Frauen tatkräftig mitzuarbeiten, denn viele Tausende von ihnen müssen nach Jahren, wenn Arbeitslosigkeit oder Todesfälle die Familie heimsuchen, oder eine Trennung der Ehe erfolgt, ihre frühere Tätigkeit wieder aufnehmen. Im Vordergrund unseres Handelns aber muß immer der Gedanke stehen, daß die Mädchen und Frauen von heute die Mütter von morgen sind! Wir müssen durch unsere Mitarbeit dafür sorgen, daß unsere Kinder, die gewiß auch ihren Lebensunter-



DIE FRAU UND DER MAI

halt durch Arbeit bestreiten müssen, bessere berufliche Arbeitsbedingungen vorfinden, wie wir sie zurzeit haben. — Daher müssen wir Frauen alljährlich aufs neue unsere Maisforderungen erheben und auf Ausbau des Kinder- und Jugendschutzes, restlose Durchführung des Maximal-Achtstundentages, ausreichenden Arbeiterschutz, besonderen Frauenschutz, Verbesserung des bestehenden Mutterschutzes und eine der wichtigsten Forderungen: Sicherung des Völkerfriedens! — Wir Frauen müssen aus dem Weltkrieg die Lehre ziehen, daß eine Wiederholung nie und nimmer stattfinden darf. Ein Duzend Jahre sind seit dem Friedensschluß verfloßen und noch immer lauert das Gespenst eines neuen Krieges. Die Frauen unserer Generation müssen sich bewußt sein, daß sie die Verantwortung für das Geschick unserer Nachkommen tragen. Sie müssen den Kindern an Stelle des Feindeschatzes den unauslöschlichen Haß gegen den Krieg einprägen. Sie müssen ihre Kinder zu Friedenshelden erziehen und in ihre Herzen den großen Gedanken der Menschheitsolidarität und Menschheitsverbrüderung einpflanzen. Gelingt ihnen dieses Werk der allumfassenden Menschheitsliebe, dann haben die Frauen unserer Epoche eine Leistung vollbracht, die in den Annalen der Völkergeschichte einzig dasteht.

Karola Wedl.

1. Mai / Jugend und Gewerkschaften



uch ziemen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, ihr seid der Fels, auf den die Kirche der Zukunft gebaut wird... Die hohe Ehre dieser Bestimmung muß alle eure Gedanken in Anspruch nehmen." — Ferdinand Cassalle sprach diese Worte einst zu den Berliner Arbeitern. Es ist uns, als wären sie heute gesprochen, als verdienten sie heute mehr denn je Gehör zu finden. Wir haben es gerade in dem letzten Jahr erleben müssen, daß das Bewußtsein von der „hohen Ehre der Bestimmung“ nicht überall lebendig ist. Gewiß: idealistischer Wille genügt nicht. Leidenschaftliche Begeisterung für die Idee macht noch nicht den Sozialisten aus. In den letzten zehn Jahren ist der Sozialismus in politische und gesellschaftliche Machtstellungen eingerückt, die von dem einzelnen in immer höherem Maße praktisches Wissen und geistige Schulung verlangen. Der Dienst in der politischen und gewerkschaftlichen

Organisation verlangt Menschen, die sich in dem harten Raum der Wirklichkeit auskennen. Das kapitalistische Herrschaftssystem kann nur gebrochen werden, wenn wir den Mut haben, an jeder Stelle seines wirtschaftlichen Machtgefüges anzugreifen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist aber nur Ausdruck eines umfassenden, alle kulturellen Reueferungen bestimmenden Lebenssystems. Es besteht heute die Gefahr, daß wir, während alle Kräfte in den Kampf gegen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtpositionen des Kapitals geworfen werden, unsere Lebensformen und unsere Geisteshaltung von alten bürgerlichen Ideen bestimmen lassen. Unser Kampf gegen den Kapitalismus wird seine Durchschlagskraft nur behaupten, wenn wir uns jeden Augenblick bewußt bleiben, daß der Sozialismus mehr ist als eine antikapitalistische Organisation, daß er eine aus den letzten Tiefen zu einer Neugestaltung auf allen Lebensgebieten drängende Kulturbewegung ist. Grundfächliche Befinnung, über den Tag hinaus, auf die großen tragenden Ideen der sozialistischen Bewegung ist Sinn der Maifeier. Gerade die Werkleute, die Tag um Tag praktische Arbeit für den Sozialismus leisten, werden am meisten das Bedürfnis haben, ihre Blicke auf das Ganze zu richten, das sie in ihrer täglichen Kleinarbeit manchmal aus den Augen verlieren müssen. Sie werden sich freuen, wenn ihnen die Jugend an diesem Tage beweist, daß sie Leidenschaft und Opferbereitschaft für den Kampf um den Sozialismus mitbringt, daß sie von lebendiger vorwärtsdrängender Art ist.

Der Jugend mangelt es heute gewiß nicht an großen Perspektiven, an umfassenden Fernsichten. Radikal sein ist das Vorrecht der Jugend. Radikal sein heißt aber „von der Wurzel her“, also von innen, von der Tiefe her gestalten. Mit einem Radikalismus, der nicht in der praktischen Sphäre nach konkreten Wirkungsmöglichkeiten sucht, läßt sich kein Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Hinwendung auf die Wirklichkeit und ihre Gesetze, Bereitschaft zu praktischem Einsatz, zur Übernahme der Verantwortung ist von der Jugend gefordert.

Auf einer großen Demonstration des letzten Jahres trug die Jugend ein Plakat, auf dem zu lesen stand:

„Die Republik, das ist nicht viel,
der Sozialismus ist unser Ziel.“

Gemach! Glaubt doch den Alten, wenn ihr es selbst schon nicht wissen könnt: Die Arbeiterklasse hat mit der Republik schon viel erreicht! Gewiß sind es Teilerfolge. Aber auf diese Teilerfolge dürfen wir stolz sein.

„Die Republik, das ist schon viel,
der Sozialismus bleibt unser Ziel.“

So muß es heißen. Wir sind auf dem sicheren Wege. Es gilt Errungenes zu verteidigen und Schritt für Schritt vorwärtszudrängen. Zielklarheit ist wichtig, aber wichtiger noch ist die Fähigkeit, den Weg zum Ziele zu finden. Das Wort des ehr-

würdigen Genossen Bernstein „Der Weg ist das Ziel“ hat seine große Berechtigung behalten. — Die Jugend gefällt sich heute manchmal darin, von den Alten marxistische „Prinzipienfestigkeit“ zu verlangen. Sie holt die Theorie vom „absterbenden“ Staat wieder hervor, um sie gegen die sozialdemokratische Bereitschaft zur Staatsverantwortung zeugen zu lassen. Aber gerade der Marxist weiß, daß der Staat sich wandeln kann, daß er in den Händen der Arbeiterklasse zu einer Brechstange werden kann, mit der das kapitalistische System aufgebrochen wird. In den letzten zehn Jahren sind wir immer stärker in die Welt des alten Staates eingebrungen. Wir haben Kommandohöhen in ihm besetzt. Wir haben ihn unserem sozialistischen Willen dienstbar gemacht und sind davon überzeugt, daß wir auf diesem Weg der Eroberung der Staatsmacht weiterstreiten müssen. Die über den Staatsapparat errungenen Erfolge gilt es zu sichern. Unsere Praxis in dieser Richtung ist eindeutig. Das Festhalten an der Theorie vom „absterbenden“ Staat

ist in dieser Lage reaktionär geworden. Derjenige, der sich der Verantwortung entzieht, kann sich nicht über die Herrschaft derjenigen beklagen, denen er die Verantwortung überläßt. — Überall gibt es für die Jugend, Wege zur praktischen Arbeit für den Sozialismus zu suchen. Sie findet ihn am sichersten, wenn sie sich der Gewerkschaftsbewegung als Funktionär zur Verfügung stellt. Keine Arbeiterorganisation steht heute der Wirklichkeit so nahe wie die Gewerkschaft. Hier fallen die wichtigsten Entscheidungen. Hier lernt ihr die Möglichkeiten und Grenzen der praktischen Arbeit für den Sozialismus kennen. Hier findet euer Wille, dem Sozialismus zu dienen, die größten Möglichkeiten zu unmittelbarer Auswirkung. Hier erfahrt ihr, daß es mit der einmaligen politischen Gewaltleistung, der Revolution, nicht getan ist. Dem Funktionär werden bald die ungeheuren Schwierigkeiten

Aus Arbeit, Qual und Lust...

Wenn über den Städten der Morgen graut,
hebt an in den Straßen ein leiser Gesang
mit kleinen Takten schlüchtern und bang:
und wenn stärker über Dächern der Morgen blaut,
schwilt auf zu gewaltigem Ueberschwang
des Tages Choral
aus Arbeit und Qual.

Am Mittag, im hohen gewölbten Zenith,
braut drohnen, hebt stark und übermächtig
in Maschinenakkorden kraft- und zeugungssträchtig,
der Hände und der Hirne schaffend Lied
zu einem Ton zusammen prächtig
hinschwingend satt
über die schaffende Stadt.

Am Abend aber, wenn die goldenblauen Dichter —
Signale greller Lust — verlodend sich entzünden,
steigt auf aus Pflicht- und arbeitüberbedekten Gründen
der freie Mensch: in seinem Blute singt der Dichter
und seine Wünsche, Träume schäumend münden
— ein splittender Diskant! —
ins tagesgraue Arbeitsland. Kurt Offenburg

offenbar, die es bei der Eroberung der Wirtschaft für die Arbeiterklasse zu überwinden gibt. Die reifen Früchte fallen uns nicht in den Schoß. In der Werkstatt der Wirklichkeit muß Tag um Tag für den Sozialismus gearbeitet werden.

Dafür ist Schulung notwendig. Man muß die Wirtschaft kennen, wenn man sie lenken will. Der bloße Umsturzwillige genügt nicht. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß die Wirtschaftsleistung einmal auf eine Anzahl ganz einfacher Teilfunktionen, wie das Schalten von Hebeln oder das Registrieren von Zahlen in der Buchführung, reduziert werden könne. Der Kapitalismus wird nicht von selbst sozialisierungsreif, so sehr er sich auch mit Organisationsselementen durchsetzt. Eigene wirtschafts- und sozialorganisatorische Leistung wird in jedem Fall von uns verlangt. Dafür bedarf es der Schulung.

Die Jungen haben die Zukunft. Die Alten haben ihnen heute Bildungsmöglichkeiten im großen Ausmaß zur Verfügung gestellt. Bernau wird in diesen Tagen geweiht. Hier ist eine Stätte entstanden, die den Bildungswillen der Jungen erfüllen will. Hier könnt ihr das geistige Rüstzeug erwerben, dessen der Funktionär mehr denn je bedarf. Die Gewerkschaft ist heute schon mehr als eine „Lohnbewegungsmaschine“. Ueber die Gewerkschaft und durch die Gewerkschaft führt unmittelbar der Weg zum Sozialismus. Dr. Dahl.

Massen sind wir, feurige Schwingen,
Chaos und Rotglut kommender Dinge,
Wollen uns selber, eh' wir erkalten
Neu gebären und neu gestalten;
Sind der Schöpfung urhaftes Wesen,
Junges, stürmisches Element,
Wollen zu Form und Leben genesen,
Daß die Welt Schöpfer uns nennt.

Ernst Fischer.

Der 1. Mai und die Arbeiterpresse



Wenn wir uns als Arbeiterklasse am 1. Mai erneut geloben ein einzig Volk von Brüdern zu sein, und wenn wir hinausgehen, um die Lehre des arbeiter- und völkerverfreundlichen Sozialismus allen uns noch gewerkschaftlich und politisch Fernstehenden zu verkünden, wenn wir mit unserer ganzen in Gewerkschaften und Partei verkörperten Kraft für unsere alten Maiforderungen kämpfen, so sind wir uns auch dessen bewußt, daß wir Mittel brauchen, die uns zusammenhalten und Quellen, aus denen wir schöpfen, um uns zu diesen großen Aufgaben zu befähigen. Solch ein Mittel und solche Quellen sind die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Presse.

Seitdem die Schrift erfunden wurde, ist das geschriebene Wort Träger, Erhalter und Förderer von Ideen, Geistesströmungen und Volksbewegungen in immer stärkerem Maße geworden. Das geschriebene Wort hat am stärksten dazu beigetragen, daß sich diese durchsetzten und darum hat man sich immer mehr seiner bedient, um Geistes-, Wirtschafts- und politische Kämpfe auszufechten. So entstanden Bücher und Zeitungen, begeistert aufgenommen von den Bevölkerungskreisen, denen sie dienen, gefürchtet von den anderen, gegen die sie sich wenden.

Es gibt heute nichts mehr in der Welt, dem die Zeitung nicht dienstbar wäre. Sie ist der stärkste Verbreiter aller Ideen und ist so zum wirksamsten Aufklärungs- und Propagandamittel geworden für alles was menschlicher Geist erdenkt und erfindet. Somit wird die Zeitung auch zum vorzüglichsten Bildungs-, besonders Fortbildungsmittel für das Volk. Sie kann aber auch zum stärksten, die Volksseele vergiftenden Mittel werden, wie man das von der üblen Revolverpresse und der zu Gewalttaten immer wieder aufreizenden extremen Presse gewohnt ist. Der Einfluß der Presse ist so groß, daß selbst Napoleon, der sie in ausgiebigster Weise für seine Kriegszwecke gebrauchte, sie die fünfte Großmacht nannte.

So beeinflusst natürlich die Zeitung auch jede revolutionäre Bewegung, ja sie bereitet überhaupt erst in stärkstem Maße den Boden vor, dem die Revolution entspringt und befähigt so zum siegreichen Kampf. Das hat auch die revolutionäre Arbeiterbewegung von Anfang an erkannt. Selbst ihre Keime wurden bereits durch die Presse beeinflusst, durch die am 1. Januar 1842 ins Leben gerufene „Rheinische Zeitung“, deren Chefredakteur Karl Marx war. Auch die Achtundvierziger-Bewegung wurde im Sinne der proletarischen Revolution befruchtet, durch die ebenfalls von Karl Marx geleitete „Neue Rheinische Zeitung“ und die von Stephan Born und anderen in Berlin herausgegebenen Zeitschriften „Das Volk“ und „Die Verbrüderung“. Als dann durch die Agitation Cassalles, Bebels, Liebknechts und anderer in den sechziger Jahren, die nach 1849 zusammengebrochene Arbeiterbewegung neu erstand, war es alsbald wieder die Presse, „Socialdemokrat“, „Demokratisches Wochenblatt“ und „Volksstaat“, denen in erster Linie die Aufgabe zufiel Agitation, Propaganda und Aufklärung unter die Massen zu verbreiten. Natürlich bediente sich ihrer auch sofort die junge Gewerkschaftsbewegung, so daß die Arbeiterblätter bald einen großen Umfang an Zahl und Verbreitung einnahmen. Dann brach der Hagelschlag des Sozialistengesetzes über die junge Arbeiterbewegung herein. Ihre Organisationen wurden sofort zertrümmert und ihrer Presse der Garauz gemacht. Doch die Idee blieb wach. Sie wurde erhalten durch den von Eduard Bernstein in Zürich, später in London redigierten, auf geheimen Wegen nach Deutschland geschmuggelten „Socialdemokrat“. Er war während dieser schweren Zeit nicht nur das Bindeglied, der in Deutschland lebenden Sozialisten, sondern auch ihr Vorkämpfer und Berater in den politischen Nöten. Der „Socialdemokrat“ war auch Erzieher für die kommende Zeit, in der das Schandgesetz nicht mehr galt.

Welch ungeheuren Umfang hat seitdem die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung angenommen! Das ist in erster Linie wiederum der mit ihr an Zahl und Verbreitung gewachsenen gewerkschaftlichen und politischen Presse zu verdanken.

Welche Aufgaben hat nun die Presse in der modernen Arbeiterbewegung zu erfüllen? Der Sozialismus, die Idee der modernen Arbeiterbewegung, erstrebt die kapitalistische Gesellschaftsordnung von heute, mit ihrem Arbeiter ausbeutenden die breiten Volks-

massen bedrückenden Charakter und all ihrem namenlosen sozialen Elend umzuwandeln in die sozialistische Gesellschaftsordnung. Das ist ein Zustand der vollkommensten Gleichberechtigung in Politik und Wirtschaft, in Staat und Gesellschaft. In der sozialistischen Gesellschaft ist alles allen gemeinsam, in ihr gibt es keinen Unterschied mehr in Rang und Stand, in ihr wird nach Richard Dehmels Wort „kein Mensch mehr Hunger schreien“, in ihr wird jedermann an allen Kulturgütern ohne Unterschied teilnehmen. Sonach besteht in ihr ein Zustand höchster Wohlfahrt. Dieser Zustand kann natürlich nur erreicht werden und erhalten bleiben, wenn seine Träger d. h. in erster Linie die Arbeiter von heute zur Durchführung und Bewahrung des Sozialismus herangebildet und zur strengsten Pflichterfüllung erzogen werden. Hier einzusetzen ist in erster Linie Aufgabe der Arbeiterpresse. Welch unendliche Fülle von Arbeit ist hier noch zu tun. Willkoren von Arbeitern sind jedem sozialistischen Gedanken noch fern, ja stehen ihm zum größten Teil feindlich gegenüber und bekämpfen ihn. Hierzu gehören alle die Arbeiter, die in christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften stehen, die gelben Werkvereinen anhängen und den Stahlhelm- und Hitler-Verbänden angehören. Diese für unsere Ideen zu gewinnen, gelingt oft der Arbeiterpresse besser als die Agitation von Mund zu Mund. Und darum sollten in unseren Reihen stehende Arbeiter, ihr Gewerkschaftsblatt, ihre Parteizeitung soweit wie möglich als Agitationsmittel verwenden, sie also an die fernstehenden Arbeiter weitergeben und so diese für den Eintritt in die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gewinnen.

Darüber hinaus gilt es, den unablässigen Kampf zu führen gegen all das Elend und alle Not, die uns bedrücken. Es gilt allüberall hineinzuleuchten in die Mißstände, unter denen wir leiden und es gilt der Arbeiterklasse die Wege zu weisen, die sie aus dem Jammerthal herausführen. Sie müssen stark gemacht werden für die Tageskämpfe und über die Art und Weise, wie diese zu führen sind, belehrt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind zu untersuchen, um den günstigen Moment für gewerkschaftliche Aktionen zu erspähen. Und es müssen ferner, langsam aber sicher, die Arbeiter reif gemacht werden, selbst die Wirtschaft in die Hand zu nehmen, wozu das Betriebsrätegesetz bereits schwache Rechte verleiht. Diese Erziehungs-, Aufklärungs- und Durchbildungsaufgabe fällt wieder zum größten Teil der Arbeiterpresse und nicht zuletzt der Gewerkschaftspresse zu. Darum muß sie nicht nur von den interessierten Gewerkschaftsmitgliedern gelesen werden, sondern die lauen und indifferenten Arbeiter sind immer wieder zum Lesen zu ermahnen, damit sie Mitkämpfer werden und in entscheidenden Momenten keine Bremsklötze und Hemmschuhe bilden. Da ist vor allen Dingen auch notwendig, daß die Funktionen für rasche und einwandfreie Verteilung der Verbandsblätter an die Mitglieder sorgen. Verspätetes Verteilen erfüllt nicht den Zweck der Gewerkschaftspresse. Ihre Herausgabe wäre dann unnötig. — Der gelesene Stoff muß aber auch verarbeitet werden. Sehr zu empfehlen ist, wenn sich besonders die Funktionäre über das Gelesene Notizen machen, um sie zu Vorträgen in Versammlungen zu verwenden. Das ist besonders dann von Vorteil, wenn kein Referent erscheinen kann und sonst in der Versammlung wenig zu erledigen ist. — Der gelesene und verarbeitete Stoff gibt aber auch sonst die Möglichkeit, Diskussionen zu entfachen, die zur Belehrung der Teilnehmer und schließlich der gesamten Arbeiterbewegung dienen.

Die Mai-Forderungen werden natürlich über den 1. Mai hinaus noch weiter erhoben werden müssen, bis sie durchgekämpft sind. In diesem Kampfe wird die Arbeiterpresse in erster Linie Erwecker und Heerführer sein. Von ihr wird gelten das Dichterwort:

„Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme. Ich habe euch erluchtet in der Dunkelheit und als die Schlacht begann, socht ich voran, in den ersten Reihen.“

Und um mich her liegen die Leiden meiner Freunde, aber wir haben gestegt. In die juchzenden Triumphgesänge tönen die Choräle der Totenfeier... Auf's neue erklingen die Trommeln, es gilt neuen Kampf —

Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme!“

Georg Renner.

Lebenshaltungskosten der Arbeiter und Angestellten



on der Lebensweise der Erweitern, Werte schaffenden Volksschichten hängt die Konsumkraft des inneren Marktes und das Gedeihen der gesamten Volkswirtschaft ab. Die Produktion innerhalb der privaten Kapitalwirtschaft ruht auf dem Leistungsprinzip, das seinen allgemeinen gültigen Ausdruck im Lohnsystem findet. Ueber die mit dem Lohnsystem verflochtenen volkswirtschaftlichen Probleme, namentlich über das Problem der Höhe des Reallohnes, sind Bände geschrieben worden. Und immer wieder muß die Arbeitnehmererschaft zur Frage über den Arbeitslohn (Nominallohn wie Reallohn) erneut Stellung nehmen, ununterbrochen die heftigsten Kämpfe führen um eine der Kulturhöhe angepasste auskömmliche Entlohnung. In der privatkapitalistischen Produktionsweise sind die Arbeitgeber dauernd bestrebt, die Löhne und Gehälter möglichst niedrig zu halten. Alle wissenschaftlichen

Untersuchungen und die Anwendung wissenschaftlicher Methoden in der modernen Betriebsführung drehen sich um den Punkt: „Senkung der Löhne“. Diese Tendenz löst in der Lohnarbeiterschaft ganz naturgemäß eine Gegentendenz aus, die ihren Ausdruck in den gewerkschaftlich geführten Lohnkämpfen findet. Es sind also die Lohnkämpfe der Arbeiter nicht Ausdruck bösen Willens, um die Produktion eines Betriebes zu stören, als vielmehr Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes. — Von einem solchen, durch die harten Tatsachen gestützten wissenschaftlichen Fundament muß die Arbeitererschaft alle auf das Lohnproblem bezugnehmenden Dinge vom Standpunkt des Lohnarbeiters werten, darunter die die Lohngestaltung beeinflussenden amtlichen Indeziffern über Lebenshaltungskosten als auch die von reichsamtlicher Seite durchgeführten Erhebungen über Haushaltsrechnungen minderbemittelter Familien. — Mehr als erkennbar besitzen die amtlichen Indeziffern über Lebenshaltungskosten lohnpolitische wie auch allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung. Die Indeziffern über Lebenshaltungskosten sind in der Inflationszeit geschaffen worden, um einen ungefähren Maßstab für die jeweilige Kaufkraft des Geldes gegenüber dem Stande von 1914 zu erhalten. Aus dem relativen Wert, der den Indeziffern auf Grund ihrer Elemente anhaftet, hat sich ganz zwangsläufig ein absoluter herausgebildet. Das Relative der Dinge ist schwerer zu erkennen, insbesondere bei komplizierten Gegenständen, woraus sich das Umdeuten des Relativen ins Absolute erklärt. Und so wird es verständlich, wenn heute auch amtliche Stellen, die den relativen Wert der Indeziffern für Lebenshaltungskosten kennen sollten und ebenso wissen sollten, daß die Anwendung dieser Indeziffer zum Errechnen der Höhe der Reallohne unbrauchbar ist, dennoch das Gegenteil tun und auf Grund der Indeziffer die Kaufkraft des Lohnes, die Höhe der Reallohne messen. Dörweg sei dazu noch folgendes bemerkt: Die Anwendung der Indeziffer zum Messen der Höhe der Reallohne wird besonders bedenklich und ein völlig schiefes Bild ergeben, wenn unzureichend niedrige Vorkriegslöhne herangezogen werden oder gar völlig unzureichende Tagelöhne der Vorkriegszeit durch eine täglich zehnstündige Arbeitszeit geteilt und nun mit den gegenwärtigen Stundenlöhnen bei täglich achtstündiger Arbeitszeit verglichen bzw. an der Indeziffer gemessen werden.

Die Grundlage der Indeziffer für Lebenshaltungskosten bildet der vierwöchentliche Bedarf einer konstruierten Arbeiter-Normalfamilie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 1½, 7 und 14 Jahren. Die absolute Zahl der Ausgaben im Reichs-

durchschnitt dieser amtlichen Indezfamilie wird vom Reichsstatistischen Amt nicht bekanntgegeben.

Die Ausgaben der Indezfamilie verteilen sich auf Ernährung mit 54,77 Proz., Wohnung mit 20,35, Heizung und Beleuchtung mit 5,55, Bekleidung mit 10,05, Verkehr mit 3,07, sonstigen Bedarf mit 6,21 Proz. Ein Haushalt, der 54,77 Proz. aller Ausgaben für Ernährung vorsieht, ist auf die allerbescheidensten Einkünfte aufgebaut. Nach dem Engelschen Gesetz gilt, daß, je niedriger das Einkommen, um so höher die Ernährungsausgaben sind und umgekehrt. Wohl enthält die Indeziffer eine verhältnismäßig hohe Quote für Wohnungsausgaben, eine dem bescheidenen Durchschnittsverbrauch angepasste Ausgabe für Heizung und Beleuchtung, so daß beide Quoten sich gegenseitig ausgleichen können. Es fehlen aber gänzlich Ausgaben für Ergänzung des Hausrates, der Wohnungseinrichtung, die den Arbeiterhaushalt erheblich belasten, wenn Neuanschaffungen notwendig werden. Unzulänglich ist die

Quote für Kleidung mit 10,05 Prozent und noch unzulänglicher die Quote für sonstigen Bedarf einschließlich des Verkehrs mit 9,28 Proz. Mit Ausnahme des am meisten beweglichen Maßelements Ernährungsausgaben verhalten sich die übrigen Elemente so gut wie starr, woraus sich die verhältnismäßig geringe Beweglichkeit oder Anrassung der Indeziffer an die tatsächlichen Teuerungserrscheinungen erklärt.

Gegenüber der Indeziffer besitzen die absoluten Zahlen der Haushaltsrechnungen nach vielen Richtungen weit höheren Wert. Auf Grund der absoluten Ausgabeniffer ist der zum Lebensunterhalt erforderliche Lohn viel besser nachweisbar als an den Steigerungsgraden irgendeiner Indeziffer, so sehr die Indeziffer als Gradmesser gewisser Erscheinungen unentbehrlich sein kann.

Der gewonnene Durchschnitt aus 896 Arbeiterhaushaltsrechnungen erbringt einen Jahresverdienst des Mannes von 2647,02 M. oder 79,6 Proz. der Einnahmen, einen Nebenverdienst des Mannes von 35,31 Mk. oder 1,1 Proz.,

Verdienst der Ehefrau von 142,10 Mk. oder 4,2 Proz., Einnahmen von sonstigen Haushaltsmitgliedern 159,21 oder 4,8 Proz. und sonstiges Einkommen mit 267,42 Mk. oder 8 Proz. und sonstige Einnahmen (Lohnvorschuße usw.) 74,06 Mk. oder 2,3 Proz. — Die Ausgaben des Arbeiterhaushalts illustriert die graphische Darstellung.

Nach der Durchschnittsberechnung entfällt auf eine Angestelltenhaushaltung eine Jahreseinnahme von 4712,32 Mk. Davon entfallen 4045,39 Mk. oder 85,9 Proz. auf das Arbeitseinkommen des Mannes im Hauptberuf, im Nebenberuf des Mannes 61,15 Mk. oder 1,3 Proz., das Einkommen der Frau beziffert sich auf 39,76 Mark oder 0,8 Proz., das der sonstigen Haushaltsmitglieder mit 95,85 Mk. oder 2 Proz. Auf sonstiges Einkommen entfallen 289,22 Mk. oder 6,2 Proz. und sonstige Einnahmen (Gehaltsvorschuße, Darlehen usw.) 180,95 Mk. oder 3,8 Proz. — Die Ausgaben im Durchschnitt einer Angestelltenhaushaltung gibt die andere Hälfte der graphischen Darstellung.

Die Einnahmen bzw. Ausgaben auf Grund des errechneten Durchschnitts erfordern für den Arbeiterhaushalt einen Stundenverdienst des Mannes bei täglich achtstündiger Arbeitszeit von 1,33 Mk. und für den Angestelltenhaushalt, bei einer Arbeitszeit von monatlich 208 Arbeitsstunden, ein Monatseinkommen von 392,70 Mk.

Besser als diakleibige, wissenschaftlich gehaltene Darlegungen spiegeln die Zahlen einen kleinen Ausschnitt der Lebenshaltung minderbemittelter Volksschichten wider. K a v e r K a m r o w s k i.

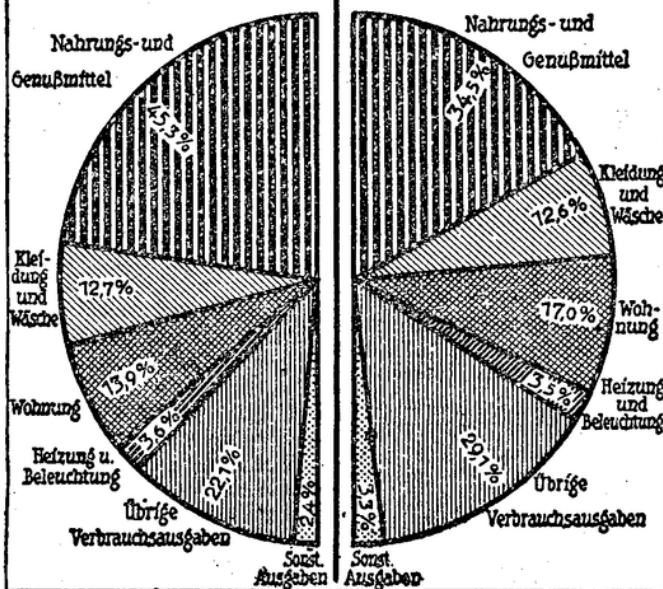
Vergleichsübersicht über den prozentualen Anteil der Hauptausgabegruppen an den Jahres-Gesamtausgaben

Auf Grund der Reichsamtlichen Erhebung von Haushaltsrechnungen 1927/28 von 896 Arbeiter- und 546 Angestellten-Haushaltungen

Durchschnittsberechnung einer

Arbeiterhaushaltung
(Kopfzahl 4,4)

Angestelltenhaushaltung
(Kopfzahl 3,6)



Verdienst der Ehefrau von 142,10 Mk. oder 4,2 Proz., Einnahmen von sonstigen Haushaltsmitgliedern 159,21 oder 4,8 Proz. und sonstiges Einkommen mit 267,42 Mk. oder 8 Proz. und sonstige Einnahmen (Lohnvorschuße usw.) 74,06 Mk. oder 2,3 Proz. — Die Ausgaben des Arbeiterhaushalts illustriert die graphische Darstellung.

Nach der Durchschnittsberechnung entfällt auf eine Angestelltenhaushaltung eine Jahreseinnahme von 4712,32 Mk. Davon entfallen 4045,39 Mk. oder 85,9 Proz. auf das Arbeitseinkommen des Mannes im Hauptberuf, im Nebenberuf des Mannes 61,15 Mk. oder 1,3 Proz., das Einkommen der Frau beziffert sich auf 39,76 Mark oder 0,8 Proz., das der sonstigen Haushaltsmitglieder mit 95,85 Mk. oder 2 Proz. Auf sonstiges Einkommen entfallen 289,22 Mk. oder 6,2 Proz. und sonstige Einnahmen (Gehaltsvorschuße, Darlehen usw.) 180,95 Mk. oder 3,8 Proz. — Die Ausgaben im Durchschnitt einer Angestelltenhaushaltung gibt die andere Hälfte der graphischen Darstellung.

Die Einnahmen bzw. Ausgaben auf Grund des errechneten Durchschnitts erfordern für den Arbeiterhaushalt einen Stundenverdienst des Mannes bei täglich achtstündiger Arbeitszeit von 1,33 Mk. und für den Angestelltenhaushalt, bei einer Arbeitszeit von monatlich 208 Arbeitsstunden, ein Monatseinkommen von 392,70 Mk.

Besser als diakleibige, wissenschaftlich gehaltene Darlegungen spiegeln die Zahlen einen kleinen Ausschnitt der Lebenshaltung minderbemittelter Volksschichten wider. K a v e r K a m r o w s k i.

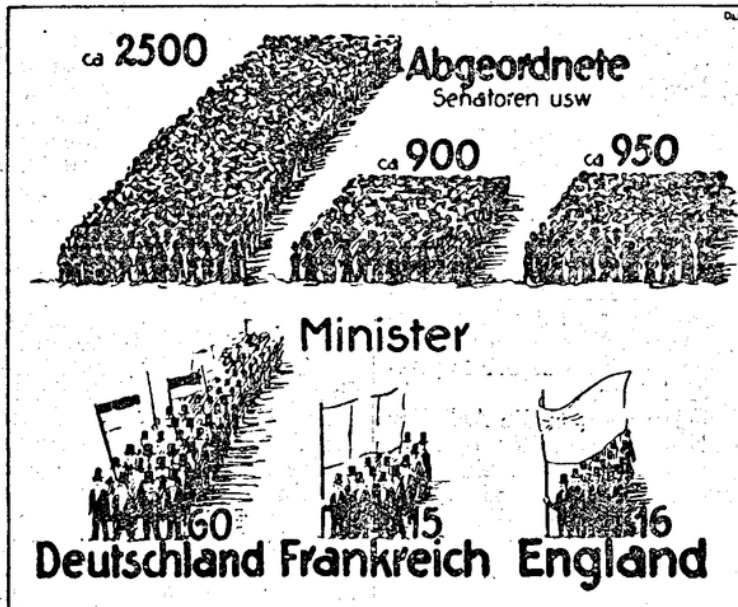
Vorwärts mit der Reichsreform!

Die „Illustrierte Republikanische Zeitung“ erinnert daran, wie das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ im Jahre 1925 bei seinem Reichstreffen in Magdeburg (symbolisch) die innerdeutschen Grenzpfähle verbrannte, um zu demonstrieren, daß es mit der deutschen Kleinstaaterei vorbei sein müsse. Daran knüpft sie die Frage: „Was ist in all den langen Jahren seit dem Aufmarsch des Reichsbanners in Magdeburg praktisch geschehen, um den Fluch der dynastischen Zersplitterung Deutschlands, um das Kleinstaatereihängnis der deutschen Nation zu beseitigen? Und sie antwortet darauf: An Bemühungen hat es gewiß nicht gefehlt —

erster Wille in weiten Kreisen des Volkes ist ganz gewiß da, doch leider müssen wir eingestehen, daß die Vergangenheit in Deutschland noch immer mächtig genug ist, um die gesunden staatlichen Kräfte der Republik am Wirken zu hindern. Ein kleiner Anfang wurde allerdings gemacht: der Freistaat Waldeck ging in Preußen auf. Im übrigen aber scheint erst der eiserne Zwang der Not berufen zu sein, den hartnäckigen Kleinstaatereihängnis in Deutschland zu brechen. Wieder einmal bestätigt sich ein altes Wort: daß die Deutschen Meister in der Kunst des Zuspätkommens sind und alle notwendigen Dinge erst dann tun, wenn die Gefahr, durch Zögern und Furchtsamkeit verstärkt, ein Chaos sondergleichen anzurichten droht. Das Jahr 1929 hat nun mit besonders krasser Deutlichkeit dem deutschen Volk die materiellen Folgen des Weltkrieges fühlbar gemacht. So kam es, daß verschiedene norddeutsche Kleinstaatereihängnis sich vernünftigerweise überlegten, ob nicht ein Aufgehen in Preußen für ihre eigenen Bürger und für das ganze deutsche Volk ein bedeutender Fortschritt sein würde. Zu diesen Kleinstaatereihängnis gehörte auch Schaumburg-Lippe, das in zwei Lesungen mit verfassungsändernder Mehrheit den Anschluß an Preußen beschloß. Diese verfassungsändernde Mehrheit war — es gibt noch Wunder — mit der Stimme eines deutschnationalen erzielt worden, der sich in diesem Falle auf die Seite der Sozialdemokraten und Demokraten schlug. Aber bei der dritten Lesung fiel er um, und ein kleines und doch so vernünftiges Werk wurde zerschanden. Er fiel um, ein Opfer maßloser Hege im eigenen Parteilager und unter dem Triumphgeschrei alles dessen, was in Deutschland reaktionär ist. In Mecklenburg-Strelitz, das gleichfalls Verhandlungen mit Preußen begonnen hat, droht die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf zu nehmen. Dort hat die Sozialdemokratische Partei im Bewußtsein ihrer Verpflichtungen gegenüber der Republik die

Initiative ergriffen, steht aber in verzweifelttem Kampf um die notwendige Zweidrittelmehrheit im Landtage.

Der Zwergstaat Schaumburg-Lippe bleibt bestehen, nachdem die Reaktion den Anschluß an Preußen hintertrieben hat. Das Unsinnsige dieses Beschlusses demonstriert die nebenstehende Darstellung. — In dem Ländchen, das einem preußischen Landkreis entspricht, „regieren“ 1. ein Parlament von 15 Mitgliedern, 2. ein fünfgliedriges „Kabinett“ mit einem besoldeten Staatsrat als Prääsidenten. An der Spitze der Ministerialbürokratie stehen 3. drei Oberregierungsräte, 4. zwei Landräte, 5. ein Landesschulrat und 6. ein Oberlandjägermeister, der mit einem Dutzend Landjägern den Behördenapparat vervollständigt. In Preußen erledigt ein Landrat mit seinem einfachen Verwaltungsapparat die Aufgaben, mit denen sich in solchen Zwergstaaten die „Regierungen“ beschäftigen, was unverhältnismäßig mehr Kosten verursacht. — Auch in Braunschweig sind es die Sozialdemokraten, die kühn und voraussehend die Aufgaben der größeren Einheit in Angriff nehmen. Die Antwort der deutschen Reaktion besteht in einem Hagel infamer Verleumdungen, wobei sich die Nationalsozialisten besonders hervortun. Diese politischen Hochstapler haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Kleinstaaterei in Deutschland zu verewigen, und da-



mit am besten gezeigt, daß sie nicht den Fortschritt, geschweige denn gar die „nationale Revolution“ wirklich ernsthaft wollen.

Unsere Aufgabe bleibt es, mit verstärkter Kraft den Kampf gegen die deutsche Reaktion, vor allen Dingen auch auf der Front des Einheitsstaats-Gedankens, zu führen. Unsere Aufgabe ist es weiterhin, uns selbst mit dem größten Ernst in die sachlichen Einzelheiten zu vertiefen und alle Lösungsmöglichkeiten zu überprüfen. So befehen, ist uns auch die sogenannte Länderkonferenz willkommen, die seit zwei Jahren von Zeit zu Zeit im Reichsministerium des Innern tagt. Wir sagen ganz offen, daß wir allzu großen Glauben an die praktische Arbeitsfähigkeit dieser Länderkonferenz nicht haben. In allen wichtigen Fragen glauben wir mehr an das Volk als an die Sachverständigen, wobei wir ernste sachverständige Arbeit nicht mißachten wollen. Bringt die Länderkonferenz technische Vorschläge, so soll sie uns willkommen sein. Nur seien alle Kameraden (und unsere Kollegenschaft) daran erinnert, daß die schönsten Vorschläge nichts wert sind, wenn nicht große politische Kräfte zu ihrer Verwirklichung bereitstehen. Diese Kräfte zu wecken und zu steigern, ist die vornehmste Aufgabe des Reichsbanners, aber auch der organisierten Arbeiterschaft.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Rückgang der Arbeitslosigkeit. In der Zeit vom 16. bis 31. März ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenfürsorge von 2 257 713 auf 2 053 387 oder um 204 326 zurück. Die Abnahme im Monat März betrug 325 000 gegenüber 560 000 im gleichen Monat des Vorjahres. In der Arbeitslosenunterstützung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Berichtszeit von 286 000 auf 294 000. Ende März waren also insgesamt 2 347 077 unterstützte Arbeitslose vorhanden. Die Zahl ist um 256 000 höher als im Vorjahre. Die geringe Entlastung des Arbeitslosenmarktes ging fast ausschließlich von den Saisonberufen aus.

Ein Ausschuss für internationale Nationalisierungsfragen. Beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit wurde ein Ausschuss für internationale Nationalisierungsfragen gebildet. Es soll Aufgabe dieses Ausschusses sein, dem R.W. Richtlinien für seine Eingliederung in diese internationale Bewegung zu geben. Insbesondere soll der Ausschuss die deutsche Vertretung gegenüber den ausländischen

und internationalen Nationalisierungsstellen übernehmen. Neben den Vertretern der Arbeitgeberverbände gehört Kollege Graumann als Vertreter der Gewerkschaften zu diesem Ausschuss.

Rückgang der Auswanderung. Im Jahre 1929 sind insgesamt 48 611 Deutsche über deutsche und fremde Häfen nach überseeischen Ländern ausgewandert. Unter diesen waren 37 857 Erwerbstätige und 9013 Angehörige. Im Jahre 1928 wanderten 57 241 Deutsche nach Übersee aus. Der größte Teil der Auswanderer (12 027) entstammten der Industrie, 6978 kamen aus der Landwirtschaft, 5830 aus Handel und Verkehr und 7542 gehörten zur Gruppe häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung, ohne Berufsausübung wurden 3774 gezählt.

Chemnitz ohne Etat. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 15. April mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten den Etat der Stadt abgelehnt.

Panzerkreuzer B. Der Reichsrat hat am 16. April gegen die Stimmen Preußens 2,9 Millionen Mark als erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B in den Etat für 1930 eingesetzt.

Neue Steuern und Zölle. Der Reichstag verabschiedete am 14. April neue Steuer- und Zollgesetze. (Näheres „Gew.“, Arn. 16 u. 17.)

An die Arbeiter der ganzen Welt!

Der 1. Mai! / Für den Weltfrieden und den Achtstundentag!

Nur noch wenige Tage trennen uns vom Fest der Arbeit. Auf der ganzen Welt bereiten sich die Arbeiter aller Rassen und Nationen auf den gemeinsamen Feiertag vor. Vereint wollen sie Kunde geben von ihrem festen Entschluß der Befreiung vom kapitalistischen Joch und der Vernichtung des Kriegsungeheuers. Einig in Ziel und Kampf wollen sie ihre Reihen in diesem Befreiungskampf immer enger schließen.

In den vierzig Jahren des Kampfes der Arbeiterklasse für den Frieden und den Achtstundentag haben diese beiden Ziele des großen sozialen Ringens in keiner Weise an symbolischem und revolutionärem Wert eingebüßt.

Trotz Völkerbund und Pariser Pakt, trotz Locarno und Abrüstungskonferenzen scheint die Sache des Weltfriedens nicht jene Fortschritte zu machen, die die ernstesten Friedensfreunde erhoffen. Der durch leere Protokollformeln verbannte Krieg wird die menschliche Gesellschaft solange bedrohen, als das Weltproletariat nicht über die Grenzen hin in selbstbewußter und unerschütterlicher Einigkeit den Willen und die Kraft bekundet, die alle kriegerischen Anwandlungen, alle wirtschaftlichen und nationalistischen Gegensätze der kapitalistischen Welt zunichte machen können.

Für diesen weltweiten Frieden werden die Arbeiter am 1. Mai eintreten. Mehr als je ist es nötig, daß die friedliebenden Arbeitermassen in die Straßen hinuntersteigen und ihren Haß gegen den Krieg bekunden. Die Wachsamkeit der Arbeiterschaft darf nicht durch sich wiederholende und zur Unfruchtbarkeit verurteilte Abrüstungskonferenzen eingeschläfert oder getäuscht werden.

Der gute Glaube und die lobenswerten Absichten der britischen Arbeiterregierung vermochten nicht zu verhindern, daß die Flottenabrüstungskonferenz zum Ausgangspunkt eines neuen Rüstungswettlaufes geworden ist.

Wenn sich die großen Massen der Arbeiter der ganzen Welt am 1. Mai in Stadt und Land vereinen,

müssen sie mit Macht verlangen, daß alle Bekundungen ein Ende nehmen, denen keine Tat folgt.

Überall muß die Losung ertönen:

Nie wieder Krieg!

Einstellung der Rüstungen!

In den Herzen aber soll die Begeisterung für die Sache des Friedens und die moralische Kraft zum Opfer leben und wachsen.

Nicht weniger ernst ist die Stunde für das Wahrzeichen der wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse, den Achtstundentag.

Das Jahr 1930 wird ein Jahr erbitterter Kämpfe um diese große soziale Reform sein.

Der Achtstundentag ist noch immer nicht für alle Arbeiter zur Wirklichkeit geworden. Die reaktionären Kräfte des Kapitalismus rüsten nicht ab. Das internationale Unternehmertum hat seine Ansprüche auf die wirtschaftliche Diktatur und Ausbeutung noch nicht preisgegeben. Dank der fortschreitenden Wirtschaftskrise hoffen die Unternehmer auf eine volle Wiederherstellung ihrer früheren Macht.

Trotzdem sich auch in diesem Jahre bedeutende Gruppen der Arbeiterschaft anschicken, auch ihrerseits Gesetze zugunsten einer beträchtlichen Verringerung der Arbeitszeit zu erzwingen, muß die Arbeiterklasse in der Verteidigung ihrer Eroberungen und zur Abwehr der Anstürme der Unternehmer ihre Willenskraft und Ausdauer verdoppeln.

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt wird mit Entschlossenheit und Hingabe ihren Willen zum Frieden und zur Befreiung bekunden.

In ihrem Kampfe für das Ideal des Friedens, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit werden Millionen von zielbewußten und entschlossenen Kämpfern den Kräften der Reaktion und den Krämmern eines gehässigen Nationalismus eine heilsame Warnung erteilen!

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

RUNDSCHAU

Mai. „Zwei Seelen wohnen, ach, in unserer Brust“, um mit Faust-Goethe zu sprechen. Die eine ist der Trieb der Lust, des Gegenwärtigen, Irdischen. Die andere aber ist der Sehnsüchtige, stürmende, dieser ewig unzufriedene, nur suchende, der die Erde so gern überwinden möchte und doch mit der ganzen Unruhe des ewigen Suchens an dieser Erde hängt. — Seit Menschen leben, beherrschen diese beiden Seelen die Welt. Die Kulturgeschichte der Menschheit ist die Geschichte dieser beiden fundamentalen Triebe. Dann regierte der eine: das Hirn, die Macht, die Wirtschaft. Dann triumphtierte trotz alledem der andere, und es war Kunst, und die Schönheit herrschte und die Besinnlichkeit. Ein Auf und Ab, ein Ringen des Augenblicks mit dem Ewigen, der Laune mit Menschen-sinn, der behäbigen Satttheit mit der geistigen Unrast, der Gewalt mit dem Göttlichen im Menschen. — Und in unserer Zeit des Kampfes zwischen Kapitalismus und Volk, da prallen diese Gegensätze zusammen wie nie. Nie in der Geschichte war solch Geschehen kultureller Größe: mit der Macht ringt der Gedanke um den Sieg. Mit der Sache der Geist. Mit dem Hirn die Seele. Mit der Wirtschaft der Mensch. Soll die Erde der Spielball der Augenblicks-laune einer Herrenklasse sein oder soll die Erde der freie Boden sein für Menschen und ihr Recht, ihre Gleichheit, ihre Freude an Wahrheit, Güte und Schönheit? — Und am Maientag, dann hat der große Sinn der Geschichte seine Feier. Und wir nennen es Arbeits-recht und wir sprechen von Freizeit und Internationalität eines Menschentums und meinen mit diesen Symbolen dieses eine, Große, das da nie war, die Einheit von Macht und Geist, Hirn und Seele, von Mensch und Sache, von Gedankenklarheit und Begeisterung. Diese Einheit von Mensch und Mensch. Diese Harmonie der Seelen, die da ringt und zwingt zu Einheit, Brüderlichkeit und Freude. — Wir feiern die Wende der Zeit. Maientag ist Feier der Wende der Geschichte. Und darum feiern wir würdig. Und ernst. Und voll Ehrfurcht vor der geschichtlichen Aufgabe, die uns gestellt ist.

Kollege, lies! Das Verbandsblatt soll nicht nur der Anregung, Belehrung und Aufklärung des einzelnen Mitglieds dienen. Das Verbandsblatt ist auch zum Werben bestimmt, und ungeheure agitatorische Werte gehen allmonatlich dadurch zugrunde, daß das Verbandsblatt noch nicht in der erforderlichen Weise in den Dienst der Werbearbeit gestellt wird. Da liegt es so oft in einer Ecke versteckt, da wird es verbrannt, verbraucht, und die geistigen Werte, die das Blatt enthält und die tausendfältige Frucht tragen könnten, werden einfach nicht genügend geachtet. — Reiche dein Blatt deinem Kollegen, der es noch nicht genügend kennt! Doch so allgemein ist auch diese Forderung noch ungenügend. Die jagende Zeit läßt vielen keine Muße zur Lektüre eines Blattes, das ihnen noch nicht nahe steht. Da bekommen sie es denn in die Hand und blättern — und legen es fort. Und die Mühe des Mitglieds war umsonst. — Auch in der Werbeausnutzung des Verbandsblattes müßten wir zu einer rationelleren Methode kommen. Die Lust zum Lesen ist nicht groß, die Zeit ist knapp, das Interesse verschieden. Aber du weißt, was von dem Inhalt deines Blattes den oder jenen Kollegen besonders interessiert. Reiche ihm dein Blatt darum mit dem Hinweis auf diese oder jene ganz bestimmte Arbeit! Laß ihn erst mal nur das lesen, das er wohl gern einmal liest, und dadurch wird eine lebendige Verbindung geschaffen zwischen deinem Kollegen und deinem Blatt und das Interesse für das Blatt überhaupt und damit auch für den Verband geweckt. — Das Leben mit seiner Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit hat auch so mannigfaltig geartete Menschen geschaffen. Tausendfältig ist das geistige Interesse, und selbst auf bestimmtem Gebiet, wie dem sozialen, gibt es viele verschiedene Neigungen und Gesichtspunkte, von denen aus das Leben betrachtet wird. Und hier setzt die Werbearbeit ein. — Nach dem Blättern im Blatt hörst du von deinem Kollegen nur allgemeine Redensarten, wie I e r n i c h t s I a s. Aber biete ihm die besondere Aufmerksamkeit für eine bestimmte Arbeit und er ist gezwungen, sich mit Positivem zu beschäftigen. Und du bietest einen festen Punkt, von dem aus er in seiner Weise die Welt unseres Verbandes am besten sieht.